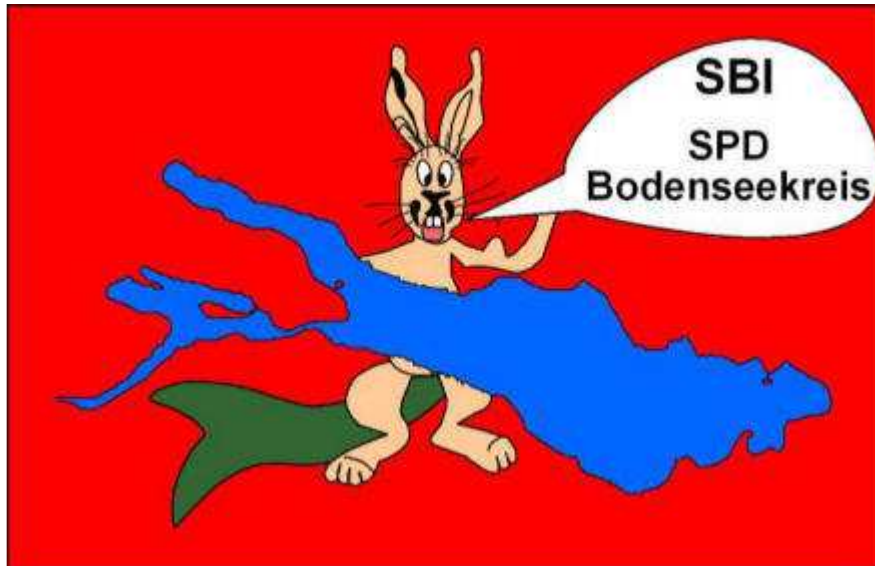


„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

„Gefragt ist ein tragfähiges Gleichgewicht aus Konsolidierung und Wachstum für Europa“. Diese Forderung unseres Bundesratsministers Peter Friedrich zusammen mit der Forderung nach einer europa-weiten Vermögenssteuer und der schon lange geforderten Finanztransaktionssteuer beschreibt den richtigen Weg zur Gesundung Europas.

Dass diese Erkenntnis geradezu durch den Erfolg Hollandes gestützt wird, zeigt, dass auch in unserem wichtigsten Nachbarland die Fehler der Brüning'schen Politik Mahnung genug sind. Ohne diese deutsche Katastrophe wäre wohl die Machtübernahme durch die Nazis so nicht gelungen. Der Trend zur Radikalisierung in Europas Parteiengefüge zeigt nur zu deutlich die Gefahren durch die Verelendung der Gesellschaften auf. Übersteigter Nationalismus ist ein Hindernis für ein geeintes Europa!

Die Wahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in NRW haben deutlich aufgezeigt, dass Rot-Grün durchaus Chancen

für eine Koalition auf Bundesebene hat. Die Furcht vor der Großen Koalition ist durchaus berechtigt, wenn man die Veränderungen in der Parteienlandschaft betrachtet. Ist die FDP wirklich am Ende, bleiben die Piraten weiterhin so stark – scheitert die Linkspartei im Westen?

Zumindest in Baden-Württemberg – also für unsere Region – bedeutet das Ergebnis von 2009 die Mahnung, aus der Talsohle der Umfragewerte (sowohl für Bund als auch Land) herauszufinden.

Noch ist ein Durchbruch nicht sichtbar, an der Arbeit der Regierung kann es kaum liegen, die Grünen haben keine Leistungen erbracht, die einen derartigen Abstand erklären würden.

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|------------|
| - In eigener Sache | Seite 2 |
| - Europa: Der Mehrwert des Binnenmarktes muss für Europas Bürger erkennbar sein | 3 |
| - "Keine Schlupflöcher bei Finanztransaktionssteuer" - „Rien ne va plus Merkozy“ | 3- 4 |
| - Fortsetzung: „In eigener Sache“ | 5 |
| - Bund: Evelyne Gebhardt bestätigt Spitzen- ergebnis | 5 |
| - BW: die AFB - Warum soll man im länd- lichen Raum SPD wählen? | 6- 9 |
| - SPD-Bodenseekreis: Schulentwicklung im westlichen Bodenseekreis | 9-10 |
| - SPD Kreisverband Bodenseekreis zum Europatag am 09. Mai 201 – Korrespondenz der Kreis-SPD mit Landrat Lothar Wölfle | 10-11 |
| - Vorschlag <i>MdEP</i> Peter Simon | 11-12 |
| - Brief KV Bodensee an Landrat Wölfle | 12-13 |
| - Antwort Landrat Wölfle an KV Bodensee | 13 |
| - Nachtreten ist nicht die feine Art! – Antwort: auf „Nachtreten ist nicht die feine Art“ | 13-16 |
| - Termine Bodenseekreis und SBI | 16 |
| - SBI: Kurt Beck antwortet der Sozialistischen Bodensee-Internationale - Antwortschreiben von Kurt Beck | 17-18 |
| - SP Kanton SG: Bürgerliche wollen den Kanton ohne Rücksicht auf Verluste demonstrieren! | 18-19 |
| - SPÖ Vorarlberg: Vereinbarung für einen fairen und sparsamen Wahlkampf | 19-20 |
| - Sprache ist Schlüssel zur Integration | 20 |
| - SPÖ-Muttertagsaktion stellt Leistungen der Mütter in den Mittelpunkt | 20-21 |
| - Gedenken an die Befreiung vom National- sozialismus | 21 |
| - SPD Kreis BC und Martin Gerster: Schemmerhofen geht mit gutem Beispiel voran – Jahreshauptversammlung OV BC | 21-23 |
| - Mehr Mädchen in die Politik – Gewerbe- steuer muss erhalten bleiben - 50 Bürger lernen aktuelle Politik und Geschichte kennen – Gerster kandidiert erneut | 23-25 |
| - 1 Jahr Rot-Grün in B-W - Förderlücke für Kleinwindanlagen | 25-26 |
| - SPD Kreis KN - MdL Hans-Peter Storz: Fritz-Erler-Forum zur Migrationspolitik im Konstanzer Kulturforum | 26-27 |
| - Fracking am See lässt sich verhindern | 27-28 |
| - Ulm und Hilde Mattheis: SOLIDARITÄT MIT DEN IVECO-BESCHÄFTIGTEN | 28 |
| - Schlecker-Mitarbeiter hoffen auf Perspek- tive für ihre Arbeit - Verbleib der ehemaligen Schlecker-Beschäftigten klären! | 28-29 |
| - Einladung: KV Lindau Scheidegg | 30 |
| - Mail-Informationsdienst der SPD- Bundes- tagsfraktion Freitag, 25. Mai 2012 | 31-34 |
| - Impressum | 35 |

In eigener Sache

Da die teilweise in Facebook geäußerte und ausgetauschte Kritik von anscheinend mit der Arbeit des Kreisverbandes unzufriedenen Genossen (sie waren nicht anonym) nicht einfach unwidersprochen bleiben kann, wird ihr hier entgegnet.

Dass solche Kritik oft mit unfairen Mitteln geführt wird, ist nichts Neues. Neu ist die Nutzung des Internets samt der sozialen Netzwerke. Die Gefährlichkeit solcher Aktionen besteht darin, dass aus Halbwahrheiten und Gerüchten (gezielt oder zufällig) Urteile gefällt werden, die dann für "immer" im Netz stehen.

Beispiel: Immer wieder gegebene Informationen und Hinweise aus dem Kreisvorstand oder des Roten Seehas werden anscheinend oft nicht beachtet. Der daraus entstandene Informationsmangel wird gegebenenfalls genutzt zu behaupten, es sei in bestimmten Bereichen nichts geschehen.

Der Rote Seehas ist seit 2003 offizielles Organ der SPD Bodenseekreis. Da jede einzelne Ausgabe von der Homepage des Kreisverbandes heruntergeladen werden kann, ist es wohl überflüssig, die Texte nochmals gesondert auf der Kreisseite lesbar zu machen. Es gibt Leute, die den Roten Seehas nicht lesen/kennen. Obwohl die Hinweise auf der Kreisseite gut sichtbar sind, wird einfach behauptet, die Medienarbeit des **neuen** Kreisvorstandes sei mangelhaft.

Die Zahlen dagegen sind eindeutig wie ein Vergleich zeigt:

Zeitraum
10.04.2010 – 23.03.2011 18.04.2011 – 23.04.2012

| | | |
|------------------|----|-----------------|
| Artikel/Berichte | | |
| Ausgabe 98 -114 | | Ausgabe 115-128 |
| zu/von: | | |
| Kreisverband | 8 | 24 |
| Ortsvereinen | 21 | 25 |
| Norbert Zeller | 78 | 1 |

Im ersten Zeitraum ist deutlich zu erkennen, dass ein MdL mit seinem Wahlkreisbüro deutlich mehr Pressemitteilungen herausgeben kann als ein ehrenamtlich arbeitender Kreisverband oder ein Ortsverein.

Fortsetzung auf Seite 5



Europa



Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Der Mehrwert des Binnenmarktes muss für Europas Bürger erkennbar sein

Auch zwanzig Jahre nach Einrichtung des EU-Binnenmarktes sind dessen Vorteile nach Angaben der SPD-Europaabgeordneten **Evelyne Gebhardt** noch nicht bei allen Bürgerinnen und Bürgern angekommen.

Bei einer Sitzung der COSAC, der halbjährlich stattfindenden ständigen Konferenz der Europa-Ausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments, in Kopenhagen sagte **Evelyne Gebhardt**: "Obwohl wir bereits zwanzig Jahre mit dem Binnenmarkt und seinen vier Grundfreiheiten, dem ungehinderten grenzüberschreitenden Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital, leben, werden viele seiner Vorteile von den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union nicht genutzt." So kauften beispielsweise nur sieben Prozent aller Verbraucherinnen und Verbraucher regelmäßig jenseits der Grenzen ihres Heimatlandes ein.

Zudem seien die Vorteile des Binnenmarktes auch bei vielen kleinen und mittleren Unternehmen noch zu wenig bekannt. Zwar gebe es in allen Mitgliedstaaten Informationsstellen, die sogenannten Euroschalter, ihre Existenz werde aber nicht richtig wahrgenommen. "Einheitliche Ansprechpartner sind für KMU besonders wichtig, wenn sie im Binnenmarkt Geschäfte machen wollen", so Evelyne Gebhardt.

"Es liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, diese bekannt zu machen."

Vor den Mitgliedern der COSAC plädierte **Evelyne Gebhardt** gleichzeitig für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen nationalen Parlamenten und Europäischem Parlament: "Bei der Binnenmarktgesetzgebung muss die Kooperation bereits im Vorfeld auf parlamentarischer Ausschussebene beginnen. Da können wir noch vieles besser machen."

Auch die Folgeabschätzung der EU-Kommission müsse globaler angesetzt werden, forderte die SPD-Europageordnete. "Die Folgeabschätzung darf nicht nur wirtschaftlicher Natur sein, wichtig ist auch die Untersuchung der Auswirkungen auf sozialer Ebene, im Arbeits- und Verbraucherschutzrecht. Europas Bürgerinnen und Bürger müssen den Mehrwert des Binnenmarktes erkennen können", so **Evelyne Gebhardt** abschließend.

Brüssel, 25. April 2012 *Für weitere Informationen: Büro Evelyne Gebhardt, MdEP*

Peter SIMON:

"Keine Schlupflöcher bei Finanztransaktionssteuer"

Wirtschaftsausschuss des Europaparlaments bessert Vorschläge der Europäischen Kommission nach.

Der Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments hat sich am Mittwoch erneut deutlich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene ab 2014 ausgesprochen und Vorschläge für deren konkrete Ausgestaltung gemacht. "Das Europäische Parlament hat seine Forderung nach der

Einführung einer Finanztransaktionssteuer heute noch einmal bekräftigt. Diese Gerechtigkeitssteuer für den Finanzmarkt ist längst überfällig. Die Verursacher der Krise müssen endlich an den Kosten der Beseitigung beteiligt werden. Gerade in Zeiten leerer Haushaltskassen kann sich Europa einen unterbesteuerten Finanzsektor nicht länger leisten", so der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** im Anschluss an die Abstimmung.

Die Steuer (0,1% auf Aktien und Anleihen und 0,01% auf Derivate) soll spekulative Finanzgeschäfte verteuern und jährlich in Europa bis zu 57 Mrd. Euro einspielen: "Geld, das dringend für Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums benötigt wird", betont das Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung. "Weniger spekulative und riskante Geschäftspraktiken bringen zudem mehr Stabilität in die Märkte, und schaffen damit ein besseres Klima für Wachstum. Man kann hier sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, so **Peter SIMON** weiter.

Auf Vorschlag der Sozialdemokraten sollen außerdem nicht nur Transaktionen, bei denen ein Geschäftspartner seinen Sitz in der EU hat, besteuert werden, sondern auch alle Geschäfte mit Finanzinstrumenten, die von Gesellschaften in der EU ausgegeben wurden. Möglichkeiten, die Steuer zu umgehen, werden damit beschnitten. "Mit der von uns vorgestellten Kombination von Wohnsitz- und Ausgabeprinzip könnte eine breite Basis der europäischen Finanztransaktionen besteuert werden. Die Maschen werden deutlich enger gestrickt, Schlupflöcher werden gestopft", betont **Peter SIMON**.

"Auch den letzten Kritikern muss jetzt endlich klar sein, dass an einer Finanztransaktionssteuer kein Weg mehr vorbei führt. Die angemessene Beteiligung der Finanzmärkte wird von der überwältigenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger seit langem gefordert. Es ist deshalb jetzt an der Zeit, dass auch die Mitgliedstaaten im Rat endlich ihre Abwehrhaltung ablegen und sich zu einer europaweiten Finanztransaktionssteuer bekennen", so **Peter SIMON** abschließend.

Brüssel, 25.04.2012

Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

Peter SIMON:

„Rien ne va plus Merkozy“

Wahl Hollandes ist Chance für neuen Kurs in Europa

„Die französischen Wähler haben gestern nicht nur mit Nicolas Sarkozy abgerechnet sondern auch der deutsch-französischen Politik des reinen Spardiktats eine klare Absage erteilt“, erklärt der baden-württembergische SPDEuropaabgeordnete **Peter SIMON**. "Mit dem Sozialisten Francois Hollande an der Spitze Frankreichs besteht jetzt die Chance auf einen neuen Kurs in Europa, der die Haushaltskonsolidierung endlich um die dringend notwendigen Wachstumselemente ergänzt. Der einseitige Weg von Merkozy hat uns nicht aus der Schuldenkrise geführt. Das Prinzip Sparen und Hoffen hat weder die Finanzmärkte langfristig beruhigt, noch zu einer wirklichen Verbesserung der Situation in den Krisenländern geführt. Unter dem Vorwand der Alternativlosigkeit wurde völlig vergessen, diesen Ländern und damit Europa durch eine intelligente Wachstumsstrategie auch eine Perspektive zu geben. Aus diesem Teufelskreis müssen wir zeitnah wieder raus", so **Peter SIMON** weiter.

„Die Zeiten wackliger Anti-Krisen-Konstrukte á la ‚Merkozy‘ und der nationalen Alleingänge sind jetzt hoffentlich vorbei. Nun muss auch die Bundeskanzlerin endlich umdenken und gemeinsam mit den anderen europäischen Partnern und unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments ernsthafte Alternativen für Wachstum und Beschäftigung und damit langfristige gesamteuropäische Lösungen für den Weg aus der Krise vorlegen, um Europa auch wirklich für die Zukunft krisenfest zu machen“ betont **Peter SIMON**.

"Wie fundamental wichtig es ist, den Menschen in den Krisenländern auch wieder eine wirkliche Perspektive zu bieten, zeigt auch die Parlamentswahl in Griechenland. Wenn die Menschen nicht das Gefühl haben, dass es ein Licht am Ende des Tunnels gibt, und dass die aktuellen Einschnitte in naher Zukunft auch Früchte tragen, werden die europakritischen Parteien immer mehr an Zulauf gewinnen und damit die eh schon angespannte Situation noch verschärfen. Ein europäischer Wachstumspakt wäre deshalb ein wichtiges gesamteuropäisches Signal für die Menschen in diesen Ländern", so **Peter SIMON** abschließend.

Brüssel, 07.05.2012

Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

Fortsetzung von Seite 2

Da die Kritik an Rotem Seehas und dem Kreisvorstand den zweiten Zeitraum betrifft, sei hierauf verwiesen:

Vor der Ausgabe 115 war es nicht üblich, dass der Rote Seehas zu Sitzungen des Kreisvorstandes berichtete. Auch im zweiten Zeitraum wurde nicht zu jeder Sitzung berichtet. Die Sitzungen finden übrigens weiterhin monatlich statt. Die Zahlen betreffen meist Berichte, Pressemitteilungen, seltener Einladungen (wenn sie umfangreich und inhaltlich informativ sind).

Kürzere Einladungen sind meist unter „Termine“ (Ortsvereine, Kreis, SBI + Nachbarschaft) zu finden. Oft werden Einladungen oder Informationen zusätzlich über den Verteiler des Roten Seehas verschickt. Der Rote Seehas hat ansonsten über Parteiarbeit und Ereignisse immer berichtet wenn er konnte oder durfte.

Ein Vergleich der Zahlen zum Kreisverband bedarf wohl keiner Erläuterung.

Da die beiden Redakteure des Roten Seehas völlig ehrenamtlich arbeiten, sind sie kaum in der Lage, überall gleichzeitig zur Berichterstattung aufzutauchen (nach mühevoller Suche nach Veranstaltungsterminen), oft ohne eine Einladung erhalten zu haben. Wenn alle Ortsvereine ihre Termine weitergeben würden, könnte manche Ortsvereinsveranstaltung auch im Roten Seehas stehen.

Der Rote Seehas wird auf Wunsch per E-Mail im Abonnement versandt. Die Adresse sollte mitgeteilt werden. Genauso ist er auf der Kreisseite der SPD Bodenseekreis.

<http://www.spd-bodenseekreis.de/>
auf der Kopfleiste abrufbar

Sobald die Homepage der Sozialistischen Bodensee-Internationale (SBI) wieder hergestellt ist, klappt es auch dort wieder.

Ebenso abrufbar ist er unter:

<http://www.spd-bw.de/>

Vor Ort – OV Zeitungen

<http://www.spd-rz-bc.de/>

Homepage – Roter Seehas

Karl-Heinz König

Evelyne Gebhardt bestätigt Spitzenergebnis

Erneut stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD- Frauen

Mit dem besten Stimmergebnis des gesamten Vorstandes wurde Evelyne Gebhardt erneut zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) gewählt. Die Europaabgeordnete aus Muldingen erhielt überragende 96,4 Prozent der abgegebenen Stimmen und bestätigte damit ihr Ergebnis der Wahl 2010 klar.

„So erfreulich das Ergebnis ist, so deutlich ist es der Auftrag, auch innerhalb der SPD noch mehr für die Frauen zu tun“, erklärte Evelyne Gebhardt während der Bundeskonferenz der sozialdemokratischen Frauen in Berlin. Das sei notwendig, weil die SPD von außen und sogar im Innern als Männerpartei wahrgenommen werde.

Darüber hinaus wertete die Abgeordnete ihr Wahlergebnis als Bekenntnis der SPD-Frauen zu Europa. Sie werde von ihnen in der Arbeit für ein gutes Zusammenleben in der Europäischen Union deutlich unterstützt.

Evelyne Gebhardt abschließend: „Dieses Ergebnis zeigt mir, dass ich mit meiner Politik, die die Menschen und nicht die Märkte in den Mittelpunkt setzt auf dem richtigen Weg bin. Deshalb freue ich mich und empfinde die hohe Stimmenzahl als Anerkennung für harte Arbeit.“

Künzelsau, 21.05.2012

Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

Landespolitik:

Neue Arbeitsgemeinschaft in der baden-württembergischen SPD gegründet:

die AfB

Als letztem Landesverband in der deutschen SPD (nach Bayern) ist es jetzt auch der Partei in Baden-Württemberg gelungen, eine Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen (AfB) zu gründen. Im Bürgerzentrum in Bruchsal begrüßte die SPD-Generalsekretärin Katja Mast rund 250 Kreisdelegierte, extra auch jene vom Bodensee, die den weitesten An- und Rückrei-

seweg auf sich genommen haben an dem früh-sommerlich warmen Samstag. Der neue Vorsitzende der Landes-AfB, der Weinheimer Landtagsabgeordnete Gerhard Kleinböck, gratulierte der Ministerin Gabriele Warminsky-Leitheußer zu ihrem Erfolg beim Start der Gemeinschaftsschulen und zu der hohen Zahl von 1 888 Anmeldungen für die 5. Klassen an den Starterschulen und dafür, dass es ihr gelungen sei, 3 300 freiwerdende Lehrerdeputate (vor allem durch den Wegfall der doppelten Abiturjahrgänge 2012) im Schulsystem zu belassen. Als wichtigste Aufgabe der neuen AfB bezeichnete es Kleinböck, flächendeckend den Dialog zur neuen Bildungspolitik der Landesregierung und ihres Anspruches auf die Gewährleistung von Bildungschancen unabhängig von der sozialen Situation des Elternhauses zu organisieren. In vielen SPD-Kreisverbänden gebe es kaum hinreichend viele Ansprechpartner/innen und Experten in bildungspolitischen Fragen für die Öffentlichkeitsarbeit der Ortsvereine oder der Kreis-Partei. Ausdrücklich plädierte der SPD-Politiker dafür, die bildungspolitische Diskussion nicht nur auf die Schulreformen zu begrenzen. Die frühkindliche Bildung sei ebenso wichtig wie die Schnittstelle von der Schule zur beruflichen Ausbildung und die Fortbildung der Fachkräfte in den einzelnen Berufssparten. Auffallend war bei der Delegiertenversammlung, dass zu den Wahlgängen zum AfB-Landesvorstand und zum Bundesausschuss und der Bundesversammlung der AfB ausschließlich Kandidatinnen und Kandidaten aus den nordbadischen und südbadischen Landesbezirken angetreten waren.

Der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Gert Weisskirchen schmunzelte in der Mittagspause über die „bildungsfernen Schichten“ in den württembergischen Partei-Untergliederungen. Wenigstens bei den Beisitzer/-innen im AfB-Landesvorstand ist es gelungen, einen Bewerber mit jugoslawischem Migrationshintergrund aus Ludwigsburg in dieses Gremium zu wählen. Der Rote Seehas intervenierte persönlich bei Gerhard Kleinböck, damit auch eine bei 3 Stimmen knapp unterlegene Kandidatin aus dem Zollern-Alb-Kreisverband der SPD, die dortige stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Beate Faust, jetzt dem AfB-Landesvorstand angehört.

In ihrer Ansprache vor der Delegiertenversammlung beschwor die Kultusministerin den Grundwert der sozialen Gerechtigkeit, der auch

im Bildungswesen eingelöst werden müsse. Angesichts des wachsenden Fachkräftemangels in unserer Gesellschaft, in der Wirtschaft ebenso wie im öffentlichen Dienst, komme es auf jeden jungen Menschen an. Der soziale Aufstieg gelinge nur durch ein vielfältiges Bildungsangebot. Warminsky-Leitheußer kritisierte die Bundesarbeits- und Sozialministerin von der Leyen, die durch die erhebliche Kürzung bei den Mitteln für die Agentur für Arbeit auch Förderprogramme für junge Arbeitslose dramatisch zusammenstreichen würde. Und eines ist für die Kultusministerin auch klar: Wenn zum Jahr 2020 alle künftigen Landeshaushalte ausgeglichen sein müssten ohne Neuverschuldung, dann müsse die Einnahmenseite deutlich ausgebaut werden, eine Aufgabe für die neue Bundesregierung ebenso wie für die Landesregierung. Weitergehende Wünsche für den KITA-Bereich, für die Schulen und für die duale Ausbildung einschl. der Beruflichen Schulen zur Unterrichtsversorgung seien ohne Steuererhöhungen (Reichensteuer) nicht mehr zu erfüllen. Mit großen Beifall stimmte die Delegiertenversammlung ihrer Feststellung zu: „Die jetzige Landesregierung in Baden-Württemberg wird bei der nächsten Wahl im März 2016 daran gemessen, wie erfolgreich sie im Bildungssektor gearbeitet hat!“

Am Nachmittag widmete sich die Versammlung dann ausführlich der Gemeinschaftsschule. Zunächst betrachteten sie einen neuen Film mit etlichen Aufnahmen aus den Starterschulen, mit Äußerungen von Schüler/innen, Lehrkräften und Schulleitungen zu ihrer neuen Lernkultur an der Schule. Aus Oberschwaben kamen Schüler und der Schulleiter Roland Dörner von der künftigen Gemeinschaftsschule in Bergatreute bei Ravensburg zu Wort. In zwei Workshops befasste man sich mit den neuen Lernmethoden zum individualisierten Lernen und zur kommunalen Verantwortung beim Umbau der Schulräume an den künftigen Gemeinschaftsschulen.

29.04.2012

W.Bernhard

Warum soll man im ländlichen Raum SPD wählen?

**Von der SPD-Südwürttemberg-
Konferenz am
19. Mai 2012 in Aulendorf**

Die SPD verliert bei den Landtagswahlen in Südwürttemberg stetig an Wählerstimmen. In den südlichen Wahlkreisen, die ohne einen SPD-Parlamentarier auskommen müssen, beherrschen die CDU und die Grünen die Zeitungsspalten in der lokalen Presse, wenn es darum geht, die Politik der Stuttgarter Landesregierung zu erklären (Grüne) oder sie zu attackieren (CDU). Gemeint sind die drei SPD-Kreisverbände Bodenseekreis, Kreis Ravensburg und Kreis Sigmaringen, die alle zur Raumschaft des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben gehören. Eine gemeinsame Strategie der Vernetzung untereinander zu bestimmten strukturpolitischen Themen oder zur besseren Öffentlichkeit ist nicht erkennbar. Die SPD-Regionalgeschäftsstelle in Biberach hat zu der Südwürttemberg-Konferenz in Tübingen vor einigen Monaten ein Konzept für die Unterstützung der Landes-SPD bei der Vermittlung von Terminen mit SPD-Minister/innen aus der Landesregierung in den drei Kreisverbänden jetzt im Frühjahr/Sommer vorgestellt und hat die Parteibasis um Reaktionen gebeten. In Biberach ist keine einzige Antwort eingegangen, obwohl niemand in Tübingen das Konzept nachdrücklich abgelehnt hatte. Auch bei der Kommunikation innerhalb des jeweiligen Kreisvorstandes und zwischen dem Kreisvorstand und den Ortsvereinen sowie der Kreistagsfraktion ist Sand im Getriebe. Das Referat zur Medienpolitik in Oberschwaben mit dem Genossen und stellv. Landesvorsitzenden des baden-württembergischen Journalistenverbandes, Thomas Godawa, bei einer früheren SPD-Südwürttemberg-Konferenz in Stetten am Bodensee, ist zwar brav vernommen worden. Es hat aber zu keinerlei Konsequenzen und nachträglichen Initiativen geführt. Warum sollen die anderen drei SPD-Bezirke in Baden-Württemberg den Südwürttemberger Genossen entgegenkommen bei der gnädigen Gewährung weiterer sicherer Kandidatenplätze bei der Nominierung der Bundestags-Landesliste auf dem Landesparteitag im März nächsten Jahres in Reutlingen? Helft ihr euch erst einmal selber und präsentiert euch den Wähler/innen nachhaltiger und professioneller!

Nach der einleitenden Schelte jetzt das Erfreuliche. Was den bevorstehenden Landtagswahlkampf in Niedersachsen zu beherrschen scheint, war jetzt auch das Thema der aktuellen Südwürttemberg-Konferenz im „Rad“ in Aulendorf. Das „Jägerstüble“ im oberen Stockwerk, ein größerer Raum zum Tagen, wie jetzt

am Samstag, war vollbesetzt, und eine ganze Riege sachkundiger Referenten (nur Männer) war aufgebeten, um die Trends für die Entwicklung des ländlichen Raumes vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in vielen Aspekten zu beleuchten: von der Landflucht der jungen Leute bis zur Gesundheitsversorgung auf dem Lande und dem Fachkräftemangel.

Die stellv. SPD-Landesvorsitzende Hilde Mattheis und der Regionalgeschäftsführer Ulrich Möhrle konnten etliche Abgeordnete, Bürgermeister und SPD-Kommunalpolitiker/innen (mit Ausnahme der Kreistagsfraktion vom Bodenseekreis) begrüßen. Zunächst veranschaulichte der Aulendorfer Bürgermeister Matthias Burth kurz und knapp das Problem in vielen ländlichen Räumen und Gemeinden, nicht nur in Ostdeutschland. Für die rund 10 000 Einwohner stehen nur noch ganze 3 Niedergelassene Ärzte zur medizinischen Versorgung zur Verfügung. Mehr ist nicht drin, da der Landkreis Ravensburg - aber halt nur in den Städten - mit Medizinern überversorgt ist, ähnlich wie der Kreis Sigmaringen und der Bodenseekreis. Was macht dann die Oma, wenn sie einen Arzt aufsuchen muss? Ja, dann muss sie halt ein Taxi nehmen und nach Bad Waldsee oder nach Ravensburg fahren. Die Taxi-Fahrt bezahlt ihr keine Krankenkasse! Junge ausgebildete Mediziner/-innen haben keine Lust, eine Landarztpraxis aufzumachen mit all den Unannehmlichkeiten, die es in einer städtischen Umgebung nicht gibt. Immer mehr Entbindungsstationen werden stillgelegt, auch im Klinikbereich wird in Oberschwaben bereits die Grundversorgung nicht mehr hundertprozentig gewährleistet. Ein anderes Problem von Aulendorf: Die Einrichtung einer Toilette auf dem Bahnhof ist eine freiwillige Aufgabe, die Aulendorf wegen seiner bekannten miserablen Finanzlage nicht stemmen darf. Und der Bahn- AG ist dieses Problemchen sowieso schnuppe! Wie sagte Nils Schmid bei den 4 Regionalkonferenzen im letzten Jahr vor der Konstituierung der neuen grün-roten Landesregierung? Wir dürfen den ländlichen Raum nicht im Stich lassen und ihn gegen die Belange der verdichteten Räume und der Ballungsregionen ausspielen! Man sagt der SPD ohnehin nach, sie halte es wegen der Industriearbeiterschaft in den größeren Städten eher mit einer urbanen Politik und überlasse die ländlichen Provinzen gerne Schwarz-Gelb und den Grünen. Sollen die sich darum kümmer-

ern... Warum soll man dann im ländlichen Raum noch SPD wählen, ist die Frage.

Wen kümmerts? : Schulabbrecherquote in der Region Bodensee-Oberschwaben Schuljahr 2009/10

| Raum-schaft | Schulabgänger /innen | ohne Schulab-schluss |
|-------------------|----------------------|------------------------------|
| Bodenseekreis | 2 562 | 153 (leicht steigende Quote) |
| Kreis Ravensburg | 3 885 | 197 „ „ |
| Kreis Sigmaringen | 1 865 | 141 „ „ |

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart

Ganz spannend wurde es dann bei den Statements- und Vorträgen der angereisten Stuttgarter Experten:

Dr. Richard Norz vom Landesministerium für den ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Er gab einen brillanten Überblick über die einzelnen Fördermaßnahmen für Kommunen, Unternehmen und für Projekte im ländlichen Raum (vom Bund, vom Land, von der EU, von anderen Trägern), die vielfach wenig bekannt sind.

Dr. Richard Junesch von der Universität Stuttgart. Er berichtete von einer neuen Studie zu den Entwicklungsprognosen der ländlichen Regionen Hohenlohe, Schwarzwald, Oberschwaben usw. in Baden-Württemberg. An diesem Thema ist übrigens auch Alfred Winkler dran, der Waldshuter SPD-Landtagsabgeordnete.

Deutlich wurde in beiden Referaten, dass Ländlicher Raum nicht gleich Ländlicher Raum ist. Da gibt es sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen, die es in dem einen Fall leichter machen, eine höhere Wirtschaftsproduktivität zu erzielen und den ländlichen Raum zu einem Gewinner zu machen (siehe das Biosphärengebiet um Münsingen!), die in einem anderen Fall wenig optimistische Perspektiven zulassen wie zum Beispiel der osthessische Flächenlandkreis Main-Kinzig. Der demografische Wandel schlägt in den nächsten 2 Jahrzehnten aber recht eindeutig zu, wie den Folien zu entnehmen war, auch einzelne Bereiche in Oberschwaben. Wer sich für die aktuelle Stu-

die im Einzelnen interessiert, kann sich die Webseite

www.uni-stuttgart.de/ireus/news/news-/20111111.html oder den Info-Service www.laendlicher-raum.de vornehmen. Viel spannende Informationen werden geboten.

Zu diskutieren sind dabei folgende Thesen:

-Der Bevölkerungsrückgang und die Abwanderung aus dem ländlichen Raum werden in den nächsten Jahren bis 2030 deutlich zunehmen.

-Das Potential von Erwerbspersonen für das produzierende und das Dienstleistungsgewerbe geht zurück, sinkendes Lohngefüge.

-Die Infrastruktur zur Versorgung der noch anwesenden Bevölkerung wird ausgedünnt und ist nur noch eingeschränkt erreichbar.

-Ausdünnung des Öffentlichen Verkehrs, zurückgehende Schülerzahlen, nur noch dezentrale Abwasserversorgung möglich.

-ein schnelles Internet ist vielfach auf dem Land noch eine krasse Utopie! (Breitbandverkabelung)

Was bedeutet die Zahl 1: 60 in der Region Bodensee-Oberschwaben? Eine Quizfrage!

1= ein gemeinsames Polizeipräsidium für die operative Abwehr der organisierten Kriminalität in der Bodenseeregion mit ihrer Nähe zu zwei Staatsgrenzen: am Standort Konstanz

60= Die Landesregierung verspricht mit ihrer Polizeireform, dass künftig im neuen Polizeipräsidium Konstanz – vor Ort – **60 Polizeivollzugsbeamte/innen mehr als bisher arbeiten werden.**

Nach diesen beiden einführenden Erläuterungen kamen Vertreter zu einzelnen Bereichen zu Wort:

- Florian Ehmele, Experte von der AOK und Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Wangen
- Markus Zimmermann, Marketing-Leiter vom DING-Nahverkehrsverbund Donau-Iller (Ulm)
- Rudolf Bosch, der Ravensburger Rektorenrebell und Vorkämpfer für die Gemeinschaftsschule
- Rolf Schäfer von der Handwerkskammer Ulm und Geschäftsführer der dortigen Bildungsakademie

Politisch zu diskutieren ist, wie man wieder mehr Allgemeinmediziner und Fachärzte für die ländlichen Regionen zurück gewinnen kann und was die Kommunalpolitiker dagegen

machen, dass das Angebot an erreichbaren Kliniken immer mehr schrumpft. Schon heute fehlen bundesweit 15 000 Hausärzte. 80 Prozent der Erkrankungsfälle werden noch vom Hausarzt behandelt, nicht von einem Facharzt. Für Baden-Württemberg arbeiten im Jahr 2012 3 500 Hausärzte, für rund 1 Million Krankenversicherte. Ein anderes Thema ist die künftige Versorgung mit altengerechten Wohnungen und Einrichtungen für Pflege-Bedürftige in ländlichen Regionen!

Beim ÖPNV und im SPNV rechnet man in den kommenden Jahren mit weniger Schülerbeförderung, aber mehr Seniorenkundschaft, weniger Pendlerfahrten allmorgens (demografischer Wandel) und die Trends bei den jungen Leuten, die **Intermodalität** zu intensivieren. Man fährt also mal mit carsharing, mal einem Reisebus und mit dem ICE, mit gemischten Verkehrsmitteln, um eine Reise anzutreten. Der öffentliche Verkehr in Deutschland ist eindeutig unterfinanziert, was für jede Bundesregierung künftig eine große Herausforderung bedeutet. Was die Leute auf dem Land noch bedrückt, sind die stark angestiegenen Sprit- und Heizölpreise.

Investitionsmittel pro Kopf der Bevölkerung für den Ausbau des SPNV 2010:

In der Schweiz: 308 Euro
In Österreich: 230 Euro
In Deutschland: 53 Euro!

Quelle: www.allianz-pro-schiene.de

Zu beachten ist die künftige Finanzierung der Aufgaben nach dem **Regionalisierungsgesetz ÖPNV**, nachdem die Länder allein für die Nahverkehre zuständig sind (seit 1996) und vom Bund Gelder dafür bekommen.

Zu den Bereichen Bildung (Kita, Vereinbarkeit Familie und Beruf, Schulreform, Berufliche Bildung) ist schon viel ausgeführt und publiziert worden. In vielen Gegenden in Deutschland haben Gemeinden kein eigenes Angebot in der Sekundarstufe I mehr, in Ost-Niedersachsen oder in Hessen machen Kommunen schon Grundschulen dicht, weil keine Kinder mehr da sind, die beschult werden sollen. Die Handwerksbetriebe klagen immer mehr über den Nachwuchsmangel in ihren Betrieben. Immer mehr Abiturienten, aber kaum noch Leute, die ein Auto reparieren können. Weniger Kinder, weniger Bildung, weniger Betriebe, Haushalt saniert...? Die Schule am Ort zählt für die Bürgermeister mittlerweile zu den harten Standortfaktoren in ihrer Gemeinde,

vom dem viele Entwicklungsperspektiven abhängig sind. Was unternehmen SPD-Politiker /innen gegen die hohe Schulabbrecherquote in ihrem Zuständigkeitsbereich?

In der abschließenden allgemeinen Aussprache zogen zunächst Rudolf Bindig, SPD-Kreisrat im Kreis Ravensburg, und der Bürgermeister Mike Münzing aus Münsingen (SPD) ein Fazit zu den wichtigsten Erkenntnissen der Aulendorfer Konferenz zum ländlichen Raum. Es gilt, die **Landesentwicklungsplanung [www: 2.landtag-bw.de/dokumente/lep-2002.pdf](http://www.2.landtag-bw.de/dokumente/lep-2002.pdf)** auf die neuen Rahmenbedingungen in der regionalen Strukturpolitik hin zu überarbeiten und vernachlässigte Bereiche wie die Schulentwicklung oder die medizinische Versorgung/Pflege besser zu integrieren. Regionale Strukturpolitik muss eine Querschnittsaufgabe sein. Rudolf Bindig lenkte die Aufmerksamkeit auf die Wohnpolitik bei der Schaffung erschwinglichen Wohnraums für Familien, der Bedarf an altengerechten und betreuten Wohnungen sowie das Problem, dass Studierende wie in Ravensburg/Weingarten kaum mehr geeignete Wohnungen zu bezahlbaren Preisen finden. Ein anderes Thema: Die Chancen des ländlichen Raumes bei der Erschließung dezentraler Energieressourcen auf Kosten der Atomenergie und anderer zentraler Energiequellen (große Wind-Parks in der Nord- und Ostsee). Kleinräumige Energie-Kreisläufe oder Blockheizkraftwerke müssten viel stärker in die kommunalen Bauleitplanungen mit Vorgaben und Auflagen (!) einbezogen werden.

Wer sich dafür interessiert, wie der SPD-Bürgermeister von Münsingen, Mike Münzing, seine Gemeinde auf der Alb zu neuen Ufern im Tourismus-Marketing und positiven Nebeneffekten in der kommunalen Wirtschaftskraft geführt hat, sehe bitte nach unter www.biosphaerengebiet-alb.de

SPD: Tu was für den ländlichen Raum!

21.05.2012

W.Bernhard

**SPD - Kreisverband
Bodenseekreis**



zu den Äußerungen von CDU-MdL Ulrich Müller beim Winzerverein Meersburg über die

Schulentwicklung im westlichen Bodenseekreis

(Südkurier u.- Schwäbische am 5. Mai 2012)

MEERSBURG. Die SPD Bodenseekreis widerspricht den Aussagen des CDU-Abgeordneten Ulrich Müller, wonach der Rückgang der Anmeldezahlen für die Haupt- und Werkrealschulen im westlichen Bodenseekreis und anderswo erst durch die Politik der neuen grün-roten Landesregierung verursacht worden sei. Dass es in den Schulstandorten zwischen Friedrichshafen-Fischbach und Meersburg keine eigenständige Hauptschule mehr gibt, schreibt die Kreis-SPD der Politik der früheren CDU/FDP-Landesregierung zu, die dem fortschreitenden Abwahlverhalten der Eltern schulpflichtiger Kinder nach der Grundschule nichts entgegenzusetzen können, trotz 30 Jahre währendender Reformbemühungen bei der Hauptschule.

„Warum gibt es interkommunale Gewerbegebiete oder Abwasserzweckverbände von mehreren Nachbargemeinden, aber keinerlei Verpflichtung zu einer regionalen Schulentwicklungsplanung der Städte, Gemeinden und Ortschaften in einer gemeinsamen Schulregion wie in Meersburg“, fragt sich der Überlinger Kreisvorsitzende der SPD Bodenseekreis. Auch seien die Aufhebung der Schulbezirke vor einigen Jahren und die Auswirkungen auf das künftige Schulangebot in der Sekundarstufe I nicht hinreichend öffentlich diskutiert worden. Jeder Gemeinderat und jeder Ortschaftsrat berate die Schulsituation vor Ort meist isoliert von den Perspektiven benachbarter Wohnorte und Gemeinden, auf Kosten der betroffenen Familien und der Kinder.

Auch die Busfahrpläne bei der Seelinie und beim Angebot der Ortsbus-Firmen müssten, so die SPD, besser auf den morgendlichen Schulbeginn abgestimmt werden, damit die Kinder rechtzeitig ihre Schule erreichen können.

„Die Kritik der CDU an den neuen Gemeinschaftsschulen hält den vielfachen Erwartungen in der Gesellschaft nicht stand“, gibt der SPD-Kreisvorsitzende zu bedenken. Auch am nördlichen Seeufer wie in der Raumschaft um

Meersburg wachse der Anteil der Eltern, die beide berufstätig seien und somit an der Einführung einer gebundenen Ganztageschule großes Interesse entgegen bringen. Eltern und auch die Wirtschaft, der baden-württembergische Handwerkstag und beide großen Kirchen würden die neue individualisierte und kooperative Lernkultur nach dem Beispiel von Modellschulen im Thurgau oder in Südtirol und Vorarlberg nachdrücklich begrüßen, so Sabah. Dies hätten mittlerweile auch etliche CDU-Bürgermeister in ländlichen Regionen Baden-Württembergs begriffen, die Anträge zur Einführung einer Gemeinschaftsschule in ihrer Gemeinde beim Kultusministerium eingereicht hätten, um so ein Angebot für weiterführende Schulabschlüsse vor Ort für die Familien und ihre Kinder aufrecht zu erhalten.

Zu bedauern sei es abschließend, dass der CDU-Landtagsabgeordnete Ulrich Müller abschätzig über die Sommertalschule in Meersburg und ihrem Ansinnen zu einer „Gemeinschaftsschule“ urteile, ohne jemals einen Besuch in dieser Schule auf sich genommen zu haben.

05.05.2012

Medienreferat SPD Bodenseekreis
W.Bernhard

SPD Kreisverband Bodenseekreis zum Europatag am 09. Mai 2012

Am 9. Mai 1950 unterbreitete der französische Außenminister Robert Schuman seinen Vorschlag für ein Vereintes Europa, um nach den Katastrophen des 1. und des 2. Weltkrieges einen Kontinent der politischen Stabilität und der friedlichen Beziehungen zwischen den europäischen Völkern aufzubauen.

Anlässlich des Europatages hat der SPD-Kreisvorsitzende Adnan Sabah an Landrat Lothar Wölfler appelliert, dem Beispiel vieler hundert Städte, Gemeinden und Kreisverwaltungen in Deutschland zu folgen und in der Kreisverwaltung oder bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Bodenseekreises ein eigenes Referat zur Information und Beratung über europäische Angelegenheiten einzurichten. Unternehmen, Handwerks- und Industriebetriebe, aber auch Studierende, Kulturschaffende oder Verbraucher im europäischen Binnenmarkt haben einen großen Bedarf an Informationen über die europäischen Institutionen und über die Rolle der EU-Kommission bei der

Festsetzung von Handelsnormen im innereuropäischen Wettbewerb zwischen den nationalen Anbietern von Produkten und Dienstleistungen.

Die aktuelle Schuldenkrise, so ist der SPD-Politiker überzeugt, fördert bei vielen Bürgern die Gleichgültigkeit, ja die Ablehnung des historischen Projekts der europäischen Zusammenarbeit, nicht nur bei den Einwohnern in den südeuropäischen Ländern wie Griechenland, Italien und Spanien, sondern auch im Dreiländereck am Bodensee. „Wir nutzen selbstverständlich alle in 60 Jahren errungenen Vorteile der europäischen Einigung und können ohne Grenzkontrollen von Tallin bis Lissabon durchfahren. Ansonsten aber wollen wir vieles in diesem Prozess wieder rückgängig machen, etwa die Europäische Währungsunion.“ Als einzige Maßnahme in diesem Zusammenhang hat Landrat Wölfle die Beflagung aller Dienstgebäude im Bereich des Bodenseekreises am Europatag angeordnet.

Die Kreis-SPD setzt sich dafür ein, dass ähnlich wie im Landratsamt des benachbarten Landkreises Ravensburg oder in den Städten wie Ulm, Biberach, Memmingen, Sindelfingen, Konstanz, Kassel, Nürnberg, München, Freiburg ,ein eigenes Informationsbüro für europäische Angelegenheiten eingerichtet wird. Dies empfehlen auch die kommunalen Spitzenverbände wie der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

„Es ist fragwürdig, warum wir in vier Wochen mit großer Leidenschaft die Fußball-Europameisterschaft in Polen und in der Ukraine verfolgen, ansonsten aber uns die wirtschaftliche und soziale Lage unserer Nachbarvölker vollkommen gleichgültig ist.“ Europa habe nur eine Zukunft, so Sabah, wenn es im politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb mit Nationen wie China, Indien, Japan, Brasilien oder den USA künftig mit einer Stimme sprechen könne und es nicht in das unselige Zeitalter der kriegsführenden Nationalstaaten auf dem europäischen Kontinent zurückfalle. Die Kreis-SPD plädiert für einen Fiskalpakt, der das "Totsparen" durch Wachstum fördernde Maßnahmen verhindert, zusammen mit einem Wirtschaftsprogramm für die südeuropäischen Länder nach dem Modell des Marshallplanes der USA für den Wiederaufbau Europas in der Nachkriegszeit.

02.05.2012

Medienreferat SPD Bodenseekreis
W. Bernhard

Korrespondenz der Kreis-SPD mit Landrat Lothar Wölfle

Die Europapolitik war Gegenstand mehrerer Schreiben, die aus der Kreis-SPD an Landrat Lothar Wölfle in den vergangenen Wochen gerichtet worden sind. Da ist es zum Einen um die Beflagung Öffentlicher Dienstgebäude im Bodenseekreis am 9.Mai, am Europatag, gegangen. Außerdem ist an den Landrat appelliert worden, auch vor dem Hintergrund der Aktivitäten der parteiübergreifenden Europaunion einen Aufruf an die Unternehmen, Vereine u. Verbände, Schulen, Kreisgemeinden und politischen Parteien, Gewerkschaften zugunsten des Engagement für die europäische Integration zu formulieren.

Außerdem war die Initiative für eine Aufwertung der Europaberatung in der Kreisverwaltung (ähnlich wie im Landratsamt Ravensburg und in vielen Städten wie Ulm, Sindelfingen, Memmingen und Konstanz) Thema eines Briefes sowie die Anregung, sich an einer Aktion etlicher deutscher Landkreise zu beteiligen, eine Patenschaft mit einer griechischen Provinz ins Leben zu rufen zugunsten des Aufbaus einer kommunalen Selbstverwaltung als Basis für die Schaffung eines demokratischen und effizienten griechischen Staatswesens nach dem Beispiel des Rhein-Neckar-Kreises. Der EU-Abgeordnete Peter Simon hat dazu auch jüngst ein Papier mit ergänzenden Informationen zu diesem Projekt verschickt.

W. Bernhard

MdEP Peter Simon

Vorschlag für ein europäisches Städtepartnerschaftsprogramm für Griechenland im Bereich Verwaltungsaustausch analog zu "TACIS City-Twinning" zur Unterstützung struktureller Verwaltungsreformen auf dezentraler Ebene

• **Ausgangssituation:** Neben den Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen wird in Griechenland eine Verwaltungsreform vorangetrieben. Denn: Eine funktionierende und effiziente Verwaltung Griechenlands ist ein zentraler Baustein für die Zukunftsfähigkeit Griechenlands. Diese Verwaltungsreform unterstützt die Task-Force der Europäischen Kommission für Griechenland bisher vor allem auf zentraler Ebene, d.h. auf Ministerialebene.

• **Problem:** Selbst wenn diese mit Unterstützung der Task-Force in die Wege geleitet wird, ist zu befürchten, dass diese zentralen Maßnahmen nicht auch automatisch auf der lokalen Verwaltungsebene ankommen. Eine nachhaltige Verwaltungsreform bzw. ein effizienter und funktionierender Verwaltungsapparat setzt aber ordnungsgemäß funktionierende regionale und kommunale Verwaltungsbehörden voraus. Es bedarf somit auch einer Verwaltungsreform auf lokaler Ebene, insbesondere in Kommunalverwaltungen.

• **Vorschlag:** Parallel zum zentralen Ansatz, der Europäischen Kommission, beziehungsweise der Task-Force für Griechenland, braucht es eine dezentrale Verwaltungsreform nach einem bottom-up-Ansatz, die langfristig für eine Verbesserung der Organisation und der Arbeitsweise in Verwaltungsdienststellen vor Ort sorgt. Als flankierende Maßnahme zur bereits gestarteten zentralen Verwaltungsreform sollte deshalb ein Austausch auf Verwaltungsebene durch europäische kommunale Partnerschaftsprogramme vorangetrieben werden. Diese Partnerschaftsprogramme könnten u. U. aus den noch vorhandenen griechischen Strukturfondsmitteln finanziert werden.

• **Vorbild:** "Takis-City-Twinning"-Programm. Dieses wurde 1995 im Rahmen von Tacis zur Verbesserung der Arbeitsweise der Verwaltungsdienststellen und der technischen Dienststellen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und umliegender Staaten von der Europäischen Kommission aufgesetzt, um einen Austausch auf Verwaltungsebene zwischen lokalen oder regionalen Gebietskörperschaften der Europäischen Union und jenen der Neuen Unabhängigen Staaten und der Mongolei zu fördern. Mit relativ geringem Mitteleinsatz konnte durch diesen dezentralen Ansatz bereits vorhandenes verwaltungstechnisches Know-How transferiert und der Aufbau der dortigen kommunalen Verwaltungsstrukturen aktiv vor Ort begleitet und vorangetrieben werden.

Peter Simon, MdEP

SPD Kreisverband Bodenseekreis

Kreisvorsitzender Adnan Sabah
Überlingen, 7. Mai 2012

**Herrn Landrat
Lothar Wölfle
Landratsamt Bodenseekreis
Albrechtstraße 75**

88045 Friedrichshafen

Sehr geehrter Herr Landrat,

im Hinblick auf den Europatag am 9. Mai möchte ich eine frühere Anregung des SPD-Kreisvorstandes aufgreifen und an Sie appellieren, nach dem Beispiel des Landratsamtes im benachbarten Landkreis Ravensburg oder vieler anderer Stadtverwaltungen in Baden-Württemberg und in Deutschland ein eigenes Referat zur Information und zur Beratung in Europaangelegenheiten einzurichten. Im Internet (auf den Webseiten des Landratsamtes oder bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bodenseekreis, Geschäftsführer Herr Otte) ist bis jetzt kein solches Referat für interessierte Bürger/innen und Unternehmen bei den Dezernaten und Ämtern in der Kreisverwaltung eigens genannt.

Dem Vernehmen nach soll Ihr Pressesprecher, Herr Schwarz, sowie die Gleichstellungsbeauftragte in der Kreisverwaltung, Frau Wäscher-Göggerle, nebenher Aufgaben der Information und Beratung in europäischen Angelegenheiten wahrnehmen. Das ist in den Städten Ulm, Sindelfingen, Memmingen, Nürnberg, München, Kassel, Mannheim usw. anders und besser geregelt. Die Information über Europafragen bei der Bevölkerung wird in den kommenden Jahren wichtiger denn je, bei den Betrieben in der Wirtschaft, bei der Industrie und im Handwerk, bei Studierenden, bei Kulturschaffenden, bei Leistungssportler/innen, bei Verbraucher/innen im europäischen Binnenmarkt. Nach der Vergabeordnung müssen etliche Bauaufträge europaweit ausgeschrieben werden.

In Anbetracht der derzeitigen Schuldenkrise in Europa und der bedrohlichen Lage in Griechenland gibt die SPD Bodenseekreis der Kreisverwaltung zu bedenken, ob nicht die gut funktionierende Partnerschaft mit dem polnischen Landkreis Tschenstochau um ein befristetes Projekt erweitert werden kann. Im Rahmen der Griechenlandhilfe des IWF, der EZB und der EU-Kommission geht es um die Implementierung einer funktionierenden Staatsverwaltung, zu der der Bodenseekreis zusammen mit Verantwortlichen in einer griechischen Region den Aufbau einer Kommunalverwaltung voranbringt. Das Bundeswirtschaftsministerium unterstützt solche Projekte beim Austausch von Kommunalbeamt/innen mit Kontakthilfen und einem Förderprogramm.

Ganz aktuell ein bedeutsames Manifest vom 23. März 2012, in dem in der Stadt Maastricht international renommierte Wissenschaftler/innen und Europaexperten eine Deklaration unter dem Titel „A Vibrant Europe for People“ unterzeichnet haben. Darin rufen sie zu vermehrten Anstrengungen in allen EU-Ländern auf, die Bürgergesellschaften zu aktivieren im Hinblick auf wirtschaftliche, soziale und politische Maßnahmen zu einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit im Rahmen der Globalisierung, um einer wachsenden Europaverdrossenheit entgegenzuwirken.
<http://empowereu.org> Vibrant Europe Forum

Ebenso hat die frühere Bundes-Kulturstaatsministerin Christina Weiss ein Projekt von über hundert europäischen Intellektuellen „Wir sind Europa“ (im Internet: Manifest zur Neugründung Europas von unten, und: dradio.de: 03.05.2012 Kultur heute 17.35 Uhr) unterstützt.
www.manifest-europa.eu

Ich erlaube mir noch bei der Gelegenheit, die Mutmaßung Ihres Pressesprechers, Herrn Schwarz, in einer jüngsten Korrespondenz mit meinem Kollegen, Herrn Bernhard, etwas in Frage zu stellen, die Bevölkerung in den Städten und Gemeinden im Bodenseekreis sei sich der Bedeutung der Europa-Politik durchaus bewusst und sie müsse nicht daran erinnert werden (über die Beflaggung öffentlicher Dienstgebäude am 9. Mai, dem Europatag hinaus). Sowohl aktuelle Umfragewerte bei den einschlägigen Meinungsforschungsinstituten zum Verhältnis der Bürger zu Europa wie auch die Vorgehensweise bei den nächsten Wahlen zum EU-Parlament im Juni 2014, diese mit den baden-württembergischen Gemeinderats- und Kreistagswahlen zusammenzulegen, sind Indizien für die Notwendigkeit, auch in der kommunalen Verantwortung die Aufmerksamkeit für die europäische Zusammenarbeit zu fördern.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Adnan Sabah
(für den Kreisvorstand der SPD Bodenseekreis)

LANDRATSAMT BODENSEEKREIS

SPD Bodenseekreis
Kreisvorsitzender Adnan Sabah
Helltorstraße 13 88662 Überlingen

Der Landrat
15. Mai 2012

Sehr geehrter Herr Sabah,

ich bedanke mich für Ihre weiteren Anregungen und Hinweise zum Thema Europa und dessen Berücksichtigung durch das Landratsamt Bodenseekreis.

Als zentralen Punkt schlagen Sie die Schaffung eines Referats zur Information und Beratung in Europaangelegenheiten vor. Hierzu kann ich Ihnen mitteilen, dass es im Landratsamt Bodenseekreis zwar kein solches, aber Immerhin eine Steile bereits gibt, innerhalb des Amtes für Kreisentwicklung und Baurecht befasst sich Frau Sabine Wiggerhauser seit rund einem Jahr unter anderem mit dem Thema Europa. Da sie Jedoch auch noch die Bereiche Tourismus und Wirtschaftsförderung betreut, in denen teilweise ebenfalls die nach der Schaffung eines neuen Aufgabengebietes typischen grundsätzlichen Fragen bearbeitet werden müssen, ist die Außenwirkung hier derzeit noch gering. Wir bereiten derzeit die wesentlichen Eckdaten des Aufgabengebiets für unsere Internetseite auf, sodass das Thema alsbald auch hier sichtbar sein wird.

Grundsätzlich teile ich Ihre Ansicht, dass das Thema Europa auch in unserer Verwaltung ganz konkret noch weiter aufgewertet werden könnte. Die Erfahrung aus anderen Landkreisen zeigt in der Tat, dass dies auch für das Amt von greifbarem Nutzen sein kann. Dies ist aber eine politische Entscheidung. Ich werde daher den Impuls aufnehmen und ihn mit den Fraktionsvorsitzenden des Kreistags erörtern und hierbei auch die Europaunion im Landkreis einbinden.

Dies wäre aus meiner Sicht ein sinnvoller nächster Schritt, um das gemeinsame Anliegen voranzubringen. Mir ist es hierbei wichtig, nachhaltige Ansätze zu wählen, die einen Niederschlag im praktischen Verwaltungshandeln finden. Auf dieser Basis können dann weitere Projekte und Initiativen ins Auge gefasst werden.

Mit freundlichen Grüßen

Lothar Wölfle

Die beiden folgenden Artikel „Nachtretten ist nicht die feine Art“ und „Antwort auf ...“ gehören zum „Nachklang“ der Kreisdelegiertenkonferenz vom 22. März 2012, deren Verlauf Differenzen

im Umgang einzelner Mitglieder und Gruppierungen des Kreisverbandes mit- und untereinander offenbarte.

Solche Vorgänge sind an sich keine Seltenheit im „politischen Geschäft“, die Differenzen werden jedoch meist in diskreten Gesprächen „bereinigt“. Dass dies – auch der Einsatz einer Vermittlung – bisher nicht gelungen ist, belegen die nachfolgenden Artikel.

Der Rote Seehas wird zu dieser Angelegenheit keine weiteren Beiträge mehr veröffentlichen. Ein solcher Konflikt ist argumentativ nicht weiter sinnvoll auszutragen.

Mit gutem Willen zur Zusammenarbeit und Blick auf die gemeinsame Zukunft wird mehr erreicht als mit Dauerstreit.

Interne Auseinandersetzungen werden selten durch Austragen in der Öffentlichkeit entschieden, es sei denn, das Interesse an der Angelegenheit sei allgemein. Einigt man sich nicht, sollte ein Vermittler helfen.

Karl-Heinz König

Antwort zum Artikel „Is was?“ im „Roten Seehas“ vom 23.04.2012 (Ausgabe 128)

Nachtreten ist nicht die feine Art!

Überrascht lese ich in der letzten Ausgabe vom „Roten Seehas“, dass der Medienreferent Dietram Hoffmann ausführlich auf drei Seiten Kritik an meiner Person und am Ortsverein Friedrichshafen übt. Ein höchst bedauerlicher Vorgang, da ich ja Ende März freiwillig meine Tätigkeit als Stellvertretender Vorsitzender beendete und es aus meiner Sicht eigentlich keinen Grund gab, da nochmals Negatives zu schreiben.

Ich denke es ist nur fair, wenn ich zu ein paar Punkten meine Sichtweise darstelle, damit sich der geneigte Leser selbst seine Meinung bilden kann:

1. Kritik an einzelnen Mitgliedern oder deren Arbeitsweise im Kreisvorstand habe ich nur Vorstands-intern geübt. Das hätte ich mir auch

für meine Person gewünscht. Es gibt keinen Grund dafür, damit die Leserschaft der Sozialdemokratie rund um den Bodensee zu beglücken!

2. Auf der Kreisdelegiertenkonferenz am 22. März musste ich feststellen, dass auf den Tischen eine zweiseitige Tischvorlage auslag, auf dem der Vorsitzende auf einer Seite Kritik an mir – seinem Stellvertreter - und den Ortsverein Friedrichshafen übt. Ein bisher nie dagewesener Vorgang, der an Rufschädigung grenzt und das Verhältnis ohne Not belastet!

3. Es steht dem Medienreferenten nicht zu, die Gründe meines Rücktrittes zu bewerten oder darüber zu befinden, ob sie zulässig sind oder nicht. Von November 2011 (Bekanntgabe an Adnan und den Kreisvorstand, dass ich zum Frühjahr 2012 meine Arbeit im Kreisvorstand beende) bis April 2012 hat weder der Vorsitzende noch der Medienreferent mir gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass er meinen Rücktritt nicht akzeptiert. Wieso muss dies dann Ende April nochmals thematisiert werden?

4. In der Tat habe ich Wert darauf gelegt, als stellv. Kreisvorsitzender zu wissen, was von der SPD Bodenseekreis aus an die Presse geht. Die Behauptung, dass sich durch mein Ansinnen „die Reaktionsgeschwindigkeit auf politische Ereignisse aller Art gegenüber der Öffentlichkeit deutlich verringern“ würde, kann nicht ernst gemeint sein. Man fügt in die Adresszeile einfach eine e-mail-Adresse mehr ein und schon hat auch der Stellvertreter das e-mail mit der geplanten Pressemitteilung. Wo ist das Problem?

5. Selbstverständlich hat der Pressesprecher Einfluss darauf, was die Presse veröffentlicht und was nicht! Am besten macht man es so, dass man in die Überschrift schreibt „Der Vorstand der SPD Bodenseekreis informiert sich über Windkraft in der Region“ und ganz unten, als letzten Satz schreibt man „Eine Abstimmung nur unter den Vorstandsmitgliedern ergab eine Mehrheit für Stuttgart 21.“ So hat man fast eine 100prozentige Sicherheit, dass die Information, dass die Mehrheit des Kreisvorstandes für Stuttgart 21 ist, untergeht bzw. nicht beachtet wird! Dies habe ich allerdings kritisiert, da der Medienreferent bereits mehrfach die Mehrheitsverhältnisse im Kreisvorstand für Stuttgart 21 ignoriert, relativiert oder abgeschwächt hat. Wir hatten aber im Kreisvorstand vereinbart und protokollarisch fest-

gehalten, dass der Kreisvorstand sich in dieser Frage auch in der Öffentlichkeit positioniert.

6. Ich werde dafür kritisiert, dass ich nach einem Jahr zurückgetreten bin. Es wird nicht anerkannt, dass ich seit 5 Jahren Stellvertreter war!

7. Es gibt und gab keinen Neutralitätsbeschluss der SPD zu S 21! Es gab lediglich einen Beschluss, dass die SPD kein Bündnis mit anderen Parteien oder Verbänden eingeht. Jedem Mitglied stand es frei, sich für oder gegen S 21 auszusprechen, auch dem SPD-Kreisvorstand hatte diese Möglichkeit.

8. Meine Äußerungen zur B 31 habe ich als stellv. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Friedrichshafen gemacht, nicht als stellv. Kreisvorsitzender. Tatsächlich finde ich es rückwärts gewandt, wenn Bürger, die auf die neue Straße hoffen, die Auskunft von den Grünen „Es gibt nichts!“ und von der SPD „Die CDU ist schuld!“ bekommen. Die Wähler würden gerne erfahren, was die SPD Bodenseekreis dafür tut, dass die geplanten Umfahrungen kommen. In diesem Sinne habe ich auch ein gemeinsames Schreiben von MdB Martin Gerster, Kreistagsfraktions-Vorsitzendem Norbert Zeller, Kreisvorsitzendem Adnan Sabah, Gemeinderats-Vorsitzenden Roland Frank und dem Ortsvereinsvorsitzenden Roland Kaczmarek initiiert, das in Sachen B 31 an den Parteivorsitzenden und stellv. Ministerpräsident gerichtet war und von allen unterschrieben wurde.

9. Es stimmt, dass ich öfters deutlich später zu den Kreisvorstandssitzungen gekommen bin. Zur Vollständigkeit gehört aber auch, dass ich den Kreisvorsitzenden immer rechtzeitig vorher darüber informiert habe und dass meine Verspätungen mit Terminkollisionen wegen zeitgleicher Gemeinderatssitzungen in Friedrichshafen begründet waren. Interessant finde ich, dass die andere Stellvertreterin, die seit ca. 3 Jahren kaum noch aktiv an der Vorstandsarbeit teilnahm, nicht kritisiert wird.

10. Im Artikel heißt es, die SPD wäre die viert- oder fünftstärkste kommunalpolitische Fraktion. Das ist falsch! Wir sind – zumindest in Friedrichshafen – die drittstärkste Fraktion und im Kreis nach Stimmen die drittstärkste Kraft und nach Sitzen gleichauf mit den Grünen. Bundespolitisch stehen wir nicht – wie im Artikel behauptet – auf Platz 3, sondern auf Platz 2.

Protokolle der Kreisvorstandssitzungen, Pressemitteilungen des Medienreferenten, e-mail-Verkehr und Entwürfe von mir an den Medienreferenten, meine Rücktrittsmittelung an Adnan, sowie weitere Dokumente, die meine Angaben belegen, kann ich liefern.

Wir könnten uns aber auch darauf einigen, dass in der Internetzeitung nicht unnötigerweise ein freiwillig zurückgetretener stellvertretender Kreisvorsitzender kritisiert wird.

Zum Schluss möchte ich zu bedenken geben, ob es klug ist, wenn einzelne Mitglieder des Kreisvorstandes einen Konfrontationskurs zum größten Ortsverein fahren und solche Artikel schreiben?

14.05.2012 Dieter Stauber
(SPD-Stadt- und Kreisrat, stellv. Vorsitzender SPD-OV Friedrichshafen)

Antwort auf:

„Nachtreten ist nicht die feine Art“

Es stimmt, Nachtreten wird im Fußball auch deswegen immer geahndet. Zum Nachtreten kommt es meist nach einem Foul. Deswegen will ich mich erst einmal mit den Fouls befassen und es dem Leser überlassen zu entscheiden, ob ich wirklich nachgetreten habe.

Adnan hat in seiner Tischvorlage zur KDK am 22.03.2012 in Punkt 7 beklagt, dass unsere Pressemitteilungen „meist nicht richtig gelesen werden“. Das trifft auf Dieter Staubers Antwort auf meinen Artikel „Is was?“ auch zu.

So wird in weniger als 10 Prozent meines drei Seiten langen Artikels der Fraktionsvorsitzende der Häfler SPD-GR-Fraktion zitiert, weil er dem Kreisvorstand in Sachen regionaler Verkehrspolitik in einer Pressemitteilung den nötigen Sachverstand abspricht. Ein solch massiver Vorwurf ist ein einer Debatte - aber nicht in einer Pressemitteilung - nur dann erlaubt, wenn die andere Seite sofort darauf antworten kann. Desweiteren wurde der OV-Vorsitzende zitiert, weil er in dieser Pressemitteilung über die Pläne des grünen Verkehrsministers mault, obwohl diese so im zwischen Grün und Rot ausgehandelten und von einer SPD-Landesdelegiertenkonferenz mit sehr großer Mehrheit genehmigten Koalitionsvertrag zu finden sind. Dieter Stauber wurde zitiert, da er Aussagen in einer Pressemitteilung des Kreisvorstands zur Schlafmützigkeit der CDU, solange die die

Macht im Ländle hatten, als „parteitaktisch motivierte Schuldzuweisungen“ in der Pressemitteilung des Vorstands der Häfler SPD diskreditierte. Auch wenn die drei genannten Genossen wichtige Rollen im OV FN haben, repräsentieren sie nicht den gesamten OV Friedrichshafen, den ich „ausführlich auf drei Seiten“ kritisiert haben soll.

Allerdings habe ich mich mit der Motivation des Rücktritts von Dieter Stauber gründlich befasst, weil er in der KDK durch seinen Widerspruch zu Adnan Sabahs Tischvorlage der Öffentlich gegenüber den Eindruck geweckt hat, dass wegen „Missstimmigkeiten zwischen dem Kreisvorsitzenden Adnan Sabah (Überlingen) und dessen Stellvertreter Dieter Stauber (Friedrichshafen) ... Nachwahlen erforderlich (sein)“ (Südkurier vom 25.03.2012), also von wegen freiwillig.

Ich könnte diese Auseinandersetzung mit Dieter Staubers Antwort auf meinen Artikel noch seitenweise weiterführen, möchte und kann aber die Geduld des Lesers nicht weiter strapazieren, deswegen nur noch eine Anmerkung.

Die SPD ist im Bodenseekreis schwach. In 23 Gemeinden stellen wir in sechs die drittstärkste Fraktion, in acht liegen wir zwischen Platz vier und Platz sieben und in neun Gemeinderäten ist die SPD überhaupt nicht vertreten. Bei der letzten Bundestagswahl lag die SPD mit der Zweitstimme auf Platz 3. In dieser Situation können und dürfen wir es uns nicht leisten, den gewählten Vorsitzenden und seinem Vorstand zu diskriminieren. Wir dürfen es auch nicht zulassen, dass „kein weiteres Mitglied des Friedrichshafener Ortsvereins (1/4 aller SPD-Mitglieder im Bodenseekreis) sich zu einer Vorstandskandidatur bereiterklärt (habe), so Stauber“ (Südkurier 25.03.2012). Das heißt, wir müssen zusammenarbeiten und aufhören.

24.05.2012

Dietram Hoffmann

Termine im Bodenseekreis

KV Bodensee:

Kreisvorstandssitzung

Montag, 25.06.2012,
19:30 Uhr - 22:00 Uhr.
Tettngang, Hotel Ritter

Stammtisch:

12.07.2012
19:30
im Gasthaus „Grüner Baum“ in Stetten

OV Friedrichshafen:

SPD-Stammtisch

Donnerstag, 31.05.2012
19:30 Uhr - 22:00 Uhr
Ort: Zeppelin Dorfkrug, 88045 FN, König-Wilhelm-Platz 2

Vorstandssitzung SPD-OV FN

Dienstag, 12.06.2012,
19:30 Uhr - 22:00 Uhr
Ort: Hotel Schlossgarten in Friedrichshafen

SPD-Stammtisch

Donnerstag, 28.06.2012
19:30 Uhr - 22:00 Uhr
Ort: Zeppelin Dorfkrug, 88045 FN, König-Wilhelm-Platz 2
SPD-Mitglieder, interessierte Bürger, Gäste und Jugendliche sind herzlich willkommen.

OV Markdorf:

Sommerfest der SPD Markdorf
Samstag, 07.07.2012
13:00 Uhr - 18:00 Uhr
Ort: Turnerhütte

OV Meersburg:

SPD-Stammtisch

14.06.2012
Im Truben
Steigstraße

Vorstandssitzung

28.06.2012
Guttschänke

SBI:

Nächste SBI-Sitzung

am Mo. 2. Juli 2012

18.30 Uhr
in Bregenz,
im Landtag Römerstr.15

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Kurt Beck antwortet der Sozialistischen Bodensee- Internationale

Kurt Beck ist der dienstälteste SPD-Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes, in Rheinland-Pfalz. Er hat jetzt der Bodensee-Internationale geantwortet nach einer Osterbotschaft, die in getrennten Schreiben an die SPD-Politiker Gabriel, Steinbrück, Schmid, Pronold und Borjans gerichtet worden ist. Tenor der Erklärung der SBI: **Willy Brandt** hat die Bodensee-Internationale zu seinen Lebzeiten dreimal besucht und hat bei seinen Reden am Bodensee die Parteifreunde aufgerufen, nach den Erfahrungen der beiden Weltkriege nicht nachzulassen, den Geist der guten Nachbarschaft im Dreiländereck zu pflegen und in diesem Sinne aktiv beizutragen zu einer intensiveren europäischen Zusammenarbeit. Dieses Vermächtnis von Willy Brandt ist für die SBI heute, im Frühjahr 2012, ein bedeutender Anlass, um die wenig nachbarschaftliche Tonlage in den Äußerungen einiger SPD-Politiker im vergangenen März in der Debatte zum deutsch-schweizer Steuerabkommen hinzuweisen. Inhaltlich gibt es nur marginale Unterschiede zwischen den drei sozialdemokratischen Schwesterparteien in der Schweiz, in Österreich und in Deutschland beim Dossier „Steueroasen und Abgeltungssteuer“. Auch der Züricher SP-Nationalrat **Andreas Gross**, Mitglied der **Parlamentarischen Versammlung des Europarates**, hat vor einigen Wochen einer **Resolution** zugestimmt, in der gefordert wird, dass man in allen 47 Ländern des Europarates eine Steuergesetzgebung und ein Bankenrecht einführt, das den Interessen der großen Mehrheit der ehrlichen Steuerzahler in all



diesen Ländern entspricht. Es geht also bei Weitem nicht nur um die Steueroase Schweiz, sondern auch um die großen Finanzplätze London, New York, um die britischen Kanalinseln, um Monaco(Frankreich), Andorra, von den Steueroasen in Fernost oder in der Karibik einmal abgesehen. Beim Disput um das Steuerabkommen hat es mehr aggressive Nebentöne gegeben als das Bemühen um eine sachliche Auseinandersetzung. Das hat sogar Borjans, der NRW-Finanzminister, in einer Pressekonferenz einräumen müssen. Und Briefe von Schweizer Nationalräten wie Hildegard Fässler oder Christian Levrat werden schlicht ignoriert und nicht beantwortet. So geht man in der sozialdemokratischen Familie der SPE nicht miteinander um!

Das Bankgeheimnis ist in der neutralen Eidgenossenschaft schon während des 1. Weltkrieges, vorläufig aber schon während des deutsch-französischen Krieges von 1870 eingeführt worden. Im Jahr 1935 ist es im neuen Bankgesetz offiziell verankert worden. Weltweit kennen 52 Staaten ein Bankgeheimnis. Nach dem 2. Weltkrieg haben die Sozialdemokraten in der Schweiz zweimal die Initiative ergriffen zur Auflösung des Bankgeheimnisses, ohne Erfolg bei der bürgerlichen Mehrheit. Eine SP-Motion im Nationalrat ist 1945 gescheitert. Nach den Milliardenchiebereien der Kreditanstalts-Filiale in Chiasso mit dem Bekanntwerden von Missbrauchspraktiken durch Steuerflucht vor Allem aus Italien setzten Rudolf Strahm und Helmut Hubacher, unterstützt von Jean Ziegler, 1978 eine Volksinitiative in Gang. Die Volks-Abstimmung im Mai 1984 scheiterte dann mit lediglich 27 Prozent Ja-Stimmen an den Stimm-Bürger/innen, trotz einer breiten Koalition von Verbänden und politischen Parteien. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts lockerte

die Schweiz das Bankgeheimnis für Ausländer recht deutlich, auf der Grundlage von Art.26 des OECD-Musterabkommens. Diese Normen sind auch in etliche Doppelbesteuerungsabkommen der Schweiz mit anderen Ländern eingearbeitet worden. Aktuelle Papiere von NR Susanne Leutenegger-Oberholzer und Rudolf Strahm (2012) belegen den Willen der Schweizer Sozialdemokraten zur aktiven Mitwirkung an internationalen Abkommen für mehr Steuerehrlichkeit und für die Abwehr von erleichterten Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung, allerdings nur in Verhandlungen, nicht mit un-diplomatischen Drohungen.

Willi Bernhard

Das Antwortschreiben von Kurt Beck:

DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES RHEINLAND-PFALZ

04. Mai 2012

Sozialistische Bodensee-Internationale

Herrn Willi Bernhard
Rosenstraße 36
88074 Meckenbeuren

Sehr geehrter Herr Bernhard,

für Ihr Schreiben zum Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz und zu damit verbundenen politischen Äußerungen aus Deutschland bedanke ich mich.

Ich stimme mit Ihnen darin überein, dass die aktuelle Auseinandersetzung um das Abkommen innenpolitisch nicht in einer Weise geführt werden darf, die die Beziehungen beider Nachbarländer über die Sachebene hinaus belastet. Deshalb ist es erfreulich, dass die Vereinbarungen zwischenzeitlich nachgebessert werden konnten. Allerdings wird damit aus meiner Sicht immer noch keine effektive und gerechte Besteuerung von Vermögenswerten deutscher Steuerbürger in der Schweiz erreicht.

Ein zentraler Mangel des nun vorliegenden Abkommens und seines Zusatzprotokolls ist, dass die Altbestände relativ gering nachbesteuert werden und dabei die Anonymität gewahrt bleibt. Auch dass Deutschland weitgehend auf Kontrollmöglichkeiten verzichten soll und keine sog. Steuerdaten-CDs mehr auswerten darf, ist nicht hinnehmbar. Gerade die letztgenannte Ermittlungsmethode war in der Ver-

gangenheit beinahe die einzige Möglichkeit, Steuerhinterzieher zu enttarnen und ist von verschiedenen deutschen Gerichten für zulässig befunden worden. Das nun vorliegende Abkommen benachteiligt Steuerehrliche gegenüber Steuerbetrügnern und schränkt die Gestaltbarkeit deutscher Steuerpolitik erheblich ein.

Die deutschen Länder haben als Mitgeschädigte bei Einkommen- und Umsatzsteuerdelikten und als Hauptgeschädigte bei Erbschaft- und Schenkungsteuerhinterziehung ein zentrales Interesse, Steuerflucht und Betrug auch in Zukunft zu bekämpfen. Es war daher ein Fehler, sie nicht an den Verhandlungen zu beteiligen. Den Ländern bleibt deshalb nur der Weg, ihre Einwände im Nachhinein vorzubringen. Grundsätzlich geht es bei der Besteuerung auch darum, die heute bestehenden Freiheiten bei der Mobilität von Personen und Gütern zu erhalten. Diese Freiheiten werden dauerhaft nur Bestand haben, wenn sie nicht übermäßig zur Umgehung rechtmäßiger Steueransprüche missbraucht werden. Eine grenzüberschreitend funktionierende, gleichmäßige und gerechte Steuererhebung muss aus diesem Blickwinkel deshalb auch für die Bodensee-Internationale das Ziel sein.

Ich hoffe, dass die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, der Schweiz und Österreich im Geiste einer guten Nachbarschaft, wie sie die Bodensee-Internationale pflegt, auch in Zukunft Früchte trägt. Für Ihr diesbezügliches Engagement danke ich Ihnen von Herzen.

Mit freundlichen Grüßen

gez:

Kurt Beck



SP-Kantonsratsfraktion

Keine Sondersession:

Bürgerliche wollen den Kanton ohne Rücksicht auf Verluste demontieren!

Die SP hat für die fundierte Beratung des kommenden Sparprogramms eine Sondersession gefordert. Dass die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat die 200

Millionen im Eiltempo kürzen will, ist überaus unseriös.

Es wird keine Sondersession zur Behandlung des zweiten Sparpakets geben. Ein entsprechender Antrag der SP-Fraktion hatte im Rat keine Chance. SP-Fraktionspräsident Peter Hartmann bleibt dabei: „*Der Fahrplan für die Beratung des Sparpakets II ist unseriös und unverantwortlich! Die Vorbereitungszeit für die Finanzkommission wie auch für die Fraktionen ist zu kurz und wird zu Fehlleistungen führen.*“

Energiewende auf Sparflamme

Das laufende Energieförderprogramm wird zwar nahtlos von einem neuen abgelöst, doch nimmt sich der Sonderkredit über 12 Millionen Franken für die Jahre 2013 bis 2017 äusserst bescheiden aus. „*Wenn wir die Energiewende schaffen wollen, müssen wir massiv mehr in erneuerbare Energien und Energieeffizienz investieren*, ist Kantonsrat **Felix Gemperle** überzeugt. Die SP sammelt momentan Unterschriften für ihre Energie-Initiative, welche fordert, dass der Kanton 1 Prozent der laufenden Rechnung in die Energiewende investiert.

Prävention gegen Gewalt bei Sportveranstaltungen

Mit dem Nachtrag zum sogenannten Hooligan-Konkordat und einer Verschärfung des Polizeigesetzes, will der Rat die Gewalt bei Sportveranstaltungen konsequenter bekämpfen. Die SP hat die Vorlage mehrheitlich unterstützt, hat aber auch kritisiert, dass die Vorlage einseitig auf Repression ausgerichtet ist und die Gewaltprävention sträflich vernachlässigt wird.

Es ist zu begrüßen, dass der Rat im Nachtrag zum Krankenversicherungsgesetz nochmals über die Liste säumiger Prämienzahler diskutiert hat. Dass auf die Einführung nicht verzichtet sondern lediglich um zwei Jahre aufgeschoben wird, ist unverständlich. Die SP ist weiterhin der Meinung, dass eine solche schwarze Liste keinen Nutzen bringt.

Kathrin Hilber: Erfolgreiche Reformerin und Kulturministerin tritt ab

Mit Kathrin Hilber verliert die St.Galler Regierung Ende Mai ihr amtsältestes und erfahrenstes Mitglied. Seit 1996 amtiert Kathrin Hilber als Vorsteherin des Departementes des Innern. In vier Amtsdauern hat die SP-Frau mit viel Elan und Überzeugungskraft zahlreiche Reor-

ganisationsprojekte im sozialen und kulturellen Bereich durchgeführt und entscheidende Impulse für die Fortentwicklung des Kantons gegeben. Nach 16 Jahren verzichtet Regierungsrätin Kathrin Hilber auf eine weitere Amtsdauer.

Auch für Kantonsrätin Martina Gadiant (Walenstadt) und die Kantonsräte Bruno Willi (Wartau) und Fredy Fässler (St.Gallen) war dies die letzte Session. Die SP-Fraktion dankt ihnen sehr herzlich für ihre Arbeit. Fredy Fässler war 20 Jahre Mitglied des Rates und tritt am kommenden Sonntag zum 2. Regierungsratswahlgang an.

Die Fraktion hat ausserdem an ihrer Sitzung den Beitritt zum Komitee "Bodensee-Rheintal-Y" beschlossen und zeigt so, dass sie voll und ganz hinter dem zukunftsweisenden Projekt steht.

Wil, 25. April 2012

Weitere Auskünfte:

- o Peter Hartmann, Fraktionspräsident,
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär



Vereinbarung für einen fairen und sparsamen Wahlkampf

SPÖ und Grüne starten Initiative

Mit der Verabschiedung des Vorarlberger Parteienförderungsgesetzes im Landtag wird ein wesentlicher Schritt in Richtung mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung, der Offenlegung von Spenden und der Rechenschaftspflicht der Parteien gesetzt. Andere Bundesländer sind dem Beispiel Vorarlbergs gefolgt – unter anderem auch Salzburg.

Ein gemeinsamer Antrag der Grünen und der SPÖ als weiterer Schritt zu mehr Transparenz in den Parteien wurde nunmehr von Klubobmann Johannes Rauch und Clubobmann Michael Ritsch eingebracht. Dabei soll ein Abkommen aller im Landtag vertretenen Parteien mit dem Ziel erwirkt werden, dass die Werbekosten für Wahlkämpfe reglementiert und von allen Parteien offen gelegt werden.

„Wir laden die ÖVP und FPÖ ein, diese Vereinbarung ebenfalls zu unterzeichnen. Unser Antrag soll in erster Linie als Vorschlag bzw. Vorstoß in diese Richtung verstanden werden. Selbstverständlich sind wir gerne bereit mit

allen Parteien die Details gemeinsam zu verhandeln“, erklären Michael Ritsch und Johannes Rauch.

So soll beispielsweise festgelegt werden wie lange und wie oft die diversen Medien, Insetrate, Plakate, etc. im Wahlkampf eingesetzt werden dürfen. Um den Wahlkampf in Vorarlberg fairer, sparsamer und transparenter zu gestalten, müssen alle wahlwerbenden Parteien dabei sämtliche anfallenden Kosten offenlegen, fordern die Klubobleute.

SPÖ-Express, 27.04.2012

SPÖ:

Aufweichung der Integrationsvereinbarung häufig zum Nachteil türkischer Frauen

Sprache ist Schlüssel zur Integration

Völliges Unverständnis für die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes, dass türkischstämmige Personen mit österreichischem Ehepartner künftig von den Regelungen des Fremdenrechts betreffend Erwerb der deutschen Sprache ausgenommen werden, hat SPÖ-Integrationssprecherin Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger, „denn Sprachkenntnisse sind der Schlüssel für eine funktionierende Integration“.

Die SPÖ-Abgeordnete ist zwar nach wie vor dagegen, dass die zuwanderungswilligen Ehepartner aus der Türkei bereits vor ihrer Ankunft Deutschkenntnisse auf einem vorgegebenen Level nachweisen müssen. Denn oftmals gibt es in ihrer alten Heimat keine Möglichkeit, die erforderlichen Deutschkurse zu besuchen. Umso wichtiger ist es aber, dass die angeheirateten Partner und Partnerinnen nach ihrer Ankunft möglichst rasch die deutsche Sprache erlernen, findet die SPO-Integrationssprecherin. Das gilt insbesondere für die aus der Türkei stammenden Frauen, die ein sehr traditionelles Familienbild leben, bei dem die Frauen zu Hause sind, keinem Beruf nachgehen und deshalb die deutsche Sprache nicht erlernt wird. Vor allem im Falle eines Konfliktes mit Ehemännern sind diese Frauen dann hilflos ausgeliefert.

SPÖ-Express, 27.04.2012

SPÖ-Muttertagsaktion stellt Leistungen der Mütter in den Mittelpunkt

Selbstbestimmtes Leben muss möglich sein

SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher nimmt den bevorstehenden Muttertag zum Anlass, auf das hinzuweisen, was Frauen alles leisten und tagtäglich zustande bringen. „Frauen leisten Beachtliches. Sie bewältigen den täglichen Spagat zwischen Arbeit, Haushalt, Familie und Alltag. Sie tragen nach wie vor die Hauptverantwortung für die Kinderbetreuung“, so Olga Pircher.

„Frauen haben ein Recht auf ein selbst bestimmtes Leben, das ihren eigenen Vorstellungen entspricht. Die Politik ist aufgefordert, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen“, erklärt die Landesfrauenvorsitzende weiter.

Die SPÖ-Frauen haben schon viele Verbesserungen für die Frauen erreicht: die Familienrechtsreform, das Gleichbehandlungsgesetz, die Gewaltschutzgesetze, die Einkommenstransparenz und nicht zuletzt den Online-Gehaltsrechner (450 000 Zugriffe).

Für Vorarlberg brachte die Kinderbetreuungs-offensive wichtige Impulse zum Ausbau der Kinderbetreuung. Daneben gelang es, eine Quote in den Aufsichtsräten von landeseigenen Unternehmen zu verankern oder ein Frauengesundheitsinformationszentrum in Feldkirch zu installieren. Pircher meint dazu: „Unser Einsatz für gleiche Rechte ist noch lange nicht vorbei!“

Vorarlberg hat mit 31 Prozent nach wie vor die höchsten Einkommensunterschiede, es fehlt nach wie vor an angebotsorientierter und flexibler Kinderbetreuung. Die Frauenpensionen betragen nur knapp die Hälfte der Pensionen von Männern. In Führungsetagen muss man Frauen mit der Lupe suchen.

Im Besonderen möchte die SPÖ auch auf die Nachteile von Teilzeitarbeit machen. Vorarlberg hat mit 49,6 Prozent den höchsten Anteil von ganz Österreich. Teilzeitarbeit bedeutet weniger Pension und erhöht die Gefahr von Altersarmut. Teilzeitarbeit ist außerdem eine Armutsfalle nach Trennungen und zudem fällt der Stundenlohn geringer aus als bei Vollzeit-

arbeit.

Am Samstag, den 12. Mai, weisen die SPÖ-Frauen auf die Forderungen wie gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, den weiteren Ausbau der Kinder- und SchülerInnenbetreuung, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine gerechtere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit kurz vor dem Muttertag einmal mehr mit Nachdruck hin! Die Muttertagsaktion findet von 10 bis 12 Uhr beim Nepomukbrunnen in Bludenz statt. Die SPÖ-Frauen freuen sich auf interessante Gespräche.

SPÖ-Express, 11.05.2012

8. Mai:

Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg mit der Kapitulation Nazi-Deutschlands. Aus Anlass des 67. Jahrestags der Befreiung vom Nationalsozialismus hat Kanzler Werner Faymann bei einer Gedenkveranstaltung im Bundeskanzleramt betont, dass der „8. Mai 1945 der Ausgangspunkt für ein Europa des friedlichen Zusammenlebens ist“.

Der 8. Mai ist auch die Grundlage, um aus unserer Geschichte zu lernen, sagte der Kanzler, der klarstellte, dass das ‚Niemals vergessen‘ und das ‚Wehret den Anfängen‘ zu den wichtigsten Säulen des bewussten Umgangs mit der Geschichte unserer Landes gehört. Ein Europa im 21. Jahrhundert, 67 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs, bedeutet auch, ein "uner-schütterliches Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit" abzugeben, so Faymann. Der 8. Mai 1945 markiert den Neubeginn in Europa auf der Grundlage des gemeinsamen Bekenntnisses, nie wieder solche Gräueltaten zuzulassen, wie sie während des NS-Regimes geschahen, erinnerte Faymann an die Millionen Opfer und unermessliches Leid und Elend.

Gemeinsamkeit ist Baustoff für Europa in Frieden

"Die Zweite Republik ist das gelebte Gegenstück zum Totalitarismus und zur Unmenschlichkeit des NS-Regimes", bekräftigte der Bundeskanzler. Der Kanzler unterstrich auch die Bedeutung des Friedensprojekts Europäische

Union: "Wer den Frieden in Europa wahren will, muss wissen, dass er die europäische Integration nicht abschaffen kann, ohne diesen Frieden zu gefährden. Nicht weniger Europa heißt die Lösung, sondern mehr europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und im Streben nach Wohlstand und sozialer Sicherheit", betonte Faymann. Klar ist: Ohne das Miteinander und ohne Frieden gibt es weder Demokratie noch Wohlstand. Solidarität und Gemeinsamkeit sind der Baustoff für ein Europa in Frieden", bekräftigte Kanzler Faymann

SPÖ-Express, 11.05.2012

SPD Kreis BC MdB Martin Gerster

Fraktion vor Ort der SPD-Bundestagsfraktion:

Schemmerhofen geht mit gutem Beispiel voran

SCHEMMERHOFEN (zel) - „Seit der Betreuung meines 91-jährigen Vaters weiß ich, was Pflegende leisten“, berichtete Schemmerhofens Bürgermeister Eugen Engler in der Begrüßung. Rund 60 zumeist Fachkundige waren in den Ratssaal gekommen zur Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion über die Zukunft der Pflege im ländlichen Raum. Eingeladen hatten der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** und seine Ulmer Kollegin **Hilde Mattheis**, Mitglied im Gesundheitsausschuss und Mitverfasserin des „Positionspapiers Pflege“ der Fraktion.

Bereits im Januar hatte sich Gerster („Damals haben wir den ersten Stein ins Wasser geworfen“) im Rathaus mit Engler und leitenden Mitarbeiterinnen von Altenhilfeeinrichtungen getroffen, um darüber zu reden, wie es mit der Pflege weitergeht. Der Biberacher SPD-Abgeordnete nahm die Vorschläge aus Schemmerhofen mit nach Berlin und Ende März verabschiedete die SPD-Bundestagsfraktion ihr „Positionspapier Pflege“.

Auf der Folgeveranstaltung trafen sich jetzt Mattheis, Gerster und Engler mit dem Biberacher Caritasregionalchef Peter Grundler und SPD-Kreisrat Josef Martin, dem Vorsitzenden der Riedlinger Seniorengenossenschaft. Einig waren sich alle Diskutanten, dass für neue Or-

ganisationsformen der Pflegearbeit die Rahmenbedingungen verändert werden müssen. Als Beispiel nannte Martin Fahrdienste: „Die eine Abteilung im Landratsamt sagt, wie brauchen's, die andere, wir dürfen aber nichts bezahlen.“ Er bemängelte, dass bisher nur der Kreis Biberach keine Pflegestützpunkte eingerichtet habe: „Dafür könnte man doch auf der Altenhilfeplanung aufbauen.“



(von links) der Biberacher Caritas-Regionalleiter Peter Grundler, die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis und Martin Gerster, Schemmerhofens Bürgermeister Eugen Engler und Josef Martin, Vorsitzender der Seniorengenossenschaft Riedlingen.

Für Mattheis gehören die Pflegestützpunkte ausgebaut: „Dafür wollen wir 500 Millionen Euro von insgesamt 6 Milliarden zusätzlicher Kosten.“ Die Beiträge zur Pflegeversicherung müssten um 0,6 Prozentpunkte erhöht werden. „Das ist den meisten eine gute Pflege wert“, wusste Mattheis. Die SPD-Fraktion fordert auch eine Stärkung der ambulanten Versorgung sowie von Prävention und Rehabilitation. Zudem sollen der Ausbau der kommunalen Pflegeinfrastruktur und der aufsuchenden Pflegeberatung vorangetrieben und pflegende Angehörige besser unterstützt werden. Zustimmung Diskussionsbeiträge von Publikum wie Podium gab es für das SPD-Ansinnen, die Ausbildung der Pflegekräfte zu verbessern und für diese ein attraktives Berufsumfeld zu schaffen.

„Wir sollten lieber Anreize schaffen“, entgegnete die Abgeordnete auf Englers Vorschlag eines sozialen Pflichtjahrs. Mattheis und Gerster lobten dagegen die vielfältigen Aktivitäten in Schemmerhofen. Der Bürgermeister erzählte von anfangs viel Skepsis gegenüber dem neuen

Seniorenwohnpark: „Jetzt sind die Plätze gefragt, wir haben einen Förderkreis, müssen erweitern und planen einen zusätzlichen Neubau.“ Das „Netzwerk Mensch“ der Gemeinde habe mit der Versicherungslage zu kämpfen. Englers Lösung: „Wenn's der Gesetzgeber nicht regelt, regeln wir's selber.“

Einig waren sich die Anwesenden darin, dass sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern müssen. „Wir brauchen mehr Durchlässigkeit zwischen stationär und ambulant“, forderte Caritas-Regionalleiter Peter Grundler. Man müsse Beteiligungsformen schaffen weg von der Genehmigungsform und angesichts der zurückgehenden Anzahl junger Menschen die Kompetenzen und Erfahrungen von Menschen jeden Alters nutzen. „Die Stimme der pflegenden Angehörigen muss mehr gehört werden“, sagte er und nannte als gutes Beispiel den Biberacher Weg bei Angehörigen und Demenzberatung: „In dieser Arbeitsgruppe sind ein Haupt- und zehn Ehrenamtliche.“

„Es sind Konzepte nötig, die vor Ort passen“, pflichtete Mattheis bei und lud Martin ein im Arbeitskreis demografischer Wandel der SPD-Bundestagsfraktion die Riedlinger Seniorengenossenschaft vorzustellen. Mit den Worten „Wir haben gute Ansätze gehört, jetzt heißt es handeln“, schloss Gerster die Veranstaltung.

Biberach, den 20. April 2012 Wolfgang Heinzl,
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Jahreshauptversammlung:

SPD-Ortsverein wählt neuen Vorstand und beschließt neue Satzung

BIBERACH (zel) – Themen wie Polizeireform, Kreiskliniken und -abfallwirtschaft haben bei der Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Biberach eine Rolle gespielt. Ausserdem wurde eine neue Satzung einstimmig verabschiedet und Vorsitzender Werner Drews von den rund 40 anwesenden Mitgliedern bei einer Gegenstimme im Amt bestätigt.

In seinem Bericht aus der Kreistagsfraktion Franz Lemli sprach Franz Lemli kurz die bedenkliche Situation bei den Kreiskliniken an: „In der nächsten Kreistagssitzung werden wir intensiv darüber diskutieren müssen“, kündigte er an. Weitere Themen Lemlis waren die Kreisabfallwirtschaft mit der Einführung des gelben Sacks und die Polizeireform mit ihren

Verbesserungen der Polizeipräsenz im ländlichen Raum. „Da wird von der CDU Panik geschürt und wissentlich mit falschen Zahlen operiert“, meinte er, „obwohl von Anfang an die Polizeibasis in die Konzeptfindung mitbezogen war, übrigens auch CDU-Mitglieder.“

Zuvor hatte die Vorsitzende der SPD-Fraktion im Biberacher Stadtrat, Gabriele Kübler, in ihrem Bericht unter anderem die millionenteure Sanierung der Museumstiefgarage angesprochen und angeregt über eine moderate Erhöhung der Parkgebühren nachzudenken. „Die kostenlose erste Parkstunde in den städtischen Tiefgaragen soll aber beibehalten werden“, machte sie klar.



von links: Werner Drews sowie die Geehrten Florian Achberger (10 Jahre), Wolfgang Kuritsch, Lore Kolesch, Rainer Schmid und Ernst Gletter (40 Jahre).

Auch sie lobte die neue grün-rote Landesregierung, und zwar beim Thema Schulsozialarbeit: „Die haben wir jetzt in Biberach ab dem kommenden Schuljahr an allen Schularten, weil sich das Land in dieser wichtigen Aufgabe endlich finanziell engagiert“, so Kübler.

Nach seinem Rechenschaftsbericht, in dem er die zahlreichen Aktivitäten der Biberacher SPD wie zum Beispiel Marktstände oder die erfolgreiche Podiumsdiskussion zur Zukunft des roten Baus thematisierte, wurde Werner Drews aus Biberach für weitere zwei Jahre zum Ortsvereinsvorsitzenden gewählt und zu seinen Stellvertretern Robert Egle aus Biberach und Edith Tröndle-Masch aus Maselheim bestimmt. Auch den Kassier Edwin Seibold aus Biberach bestätigte die Versammlung nach seiner einstimmigen Entlastung im Amt. Nach der Satzungsänderung gibt es nun mit Lisa Stahn aus Mittelbiberach erstmals eine Schriftführerin. Zu Beisitzern wurden Jenny Enke, Wolfgang Heinzl, Andreas Kolesch und Claudy Simmler aus Biberach sowie Wolfgang

Pratzwich aus Maselheim und Wilfried Zwingert aus Ummendorf.

Zum Abschluss hatte Werner Drews viele zu ehren für langjährige SPD-Mitgliedschaft: Wolfgang Pfalzer für 50 Jahre, Wanda Arnold, Ruth Busse, Ernst Gletter, Bernd Hodler, Lore Kolesch, Ingrid und Wolfgang Kuritsch, Horst Poeschl, Gisela Raunecker, Rainer Schmid, Günter Schmidt, Irmtraud Stender, Wolfgang Unger, Christel und Rainer Weller, Jochen Wessely für 40 Jahre und für 10 Jahre Florian Achberger, Nina Mohr, Matthias Scherer und Julius Zint.

22.04.2012 Wolfgang Heinzl,

Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Girls‘ Day 2012:

Mehr Mädchen in die Politik

Kathrin Speh aus Ummendorf begleitet Martin Gerster einen Tag in Berlin

BERLIN/UMMENDORF (age) – Wie arbeiten Politiker? Und hat Politik etwas mit mir zu tun? Mit diesen und anderen Fragen im Gepäck war Kathrin Speh, Schülerin am Biberacher Pestalozzi-Gymnasium, zum bundesweiten „Girls‘ Day“ nach Berlin gekommen, der in diesem Jahr am 26. April stattfand. An der Seite des Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster konnte sie einen ganzen Tag lang live miterleben, wie die Arbeitswelt eines Parlamentariers aussieht.



(v. l. n. r.): Frank-Walter Steinmeier, Kathrin Speh, Martin Gerster

Dabei hatte die 16-jährige Ummendorferin nicht nur die Gelegenheit, Gerster zu einem Treffen des SPD-Sportbeirats in der sozialdemokratischen Parteizentrale zu begleiten und im Bundestag einen Einblick in seinen Büroalltag zu erhalten. Bei einer Besichtigung des Reichstagsgebäudes traf sie auch den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier und besuchte eine Plenar-

debatte, bei der Gerster zu den Folgen des aktuellen Steuerabkommens mit der Schweiz redete. Gemeinsam mit den anderen Girls‘ Day-Teilnehmerinnen konnte sie im Rahmen eines Planspiels zum Thema „Wählen mit 16“ nachvollziehen, wie ein Gesetzentwurf im Parlament eingebracht und Gesetze verabschiedet werden.

Der „Mädchen-Zukunftstag“ informierte jedoch auch über konkrete Berufswege und Karrierechancen, die sich Frauen in der Politik bieten. Politikerinnen der SPD-Bundestagsfraktion erläuterten Kathrin Speh und ihren Altersgenossinnen, welche Qualifikationen notwendig sind, um in der Politik erfolgreich zu arbeiten.

Insgesamt 66 Schülerinnen aus der ganzen Bundesrepublik waren diesmal bei der SPD-Bundestagsfraktion zu Gast in der Bundeshauptstadt. „Gerade in der Politik brauchen wir mehr Frauen. Deshalb beteiligt sich meine Fraktion bereits zum achten Mal am Girls‘ Day“, so Martin Gerster: „Vielleicht treffen wir in ein paar Jahren eines der Mädchen wieder – als wissenschaftliche Mitarbeiterin einer/eines Abgeordneten, in meiner Fraktion oder sogar selbst als Politikerin“.

Berlin, 26.04.2012

Alexander Geisler,
Büro Martin Gerster, MdB

Gemeindebesuch MdB Gersters in Warthausen:

Gewerbesteuer muss erhalten bleiben

WARTHAUSEN - Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster hat auf Einladung von Bürgermeister Wolfgang Jautz die Gemeinde Warthausen besucht. Dabei wurden wichtige Themen für die Gemeinde besprochen und außerdem das Wohngebiet Schlossgut und die Bahnhofstraße besichtigt.

Einer der Hauptpunkte beim Gespräch MdB Gersters mit Bürgermeister Jautz und Hauptamtsleiterin Anja Kästle waren aktuelle Verkehrsfragen. In erster Linie ging es um die weitere Entwicklung von Warthausen und seiner Teilorte nach der Fertigstellung der Nordwestumfahrung Biberach und die noch festzulegende Verkehrsbeschilderung.



v. re.: Jautz, Gerster, Kästle

Die stark befahrene und stauanfällige Bahnhofstraße sowie der Ortskern von Warthausen und die Verkehrsbelastung im Teilort Herrlishöfen waren Themen und ebenfalls auf der Tagesordnung standen Kleinkindbetreuung, Schulentwicklung, Gewerbeansiedlungen sowie die Weiterentwicklung von Wohngebieten. Ein wichtiges Anliegen von Bürgermeister Jautz und der Gemeindeverwaltung ist zudem, dass die Gewerbesteuer in Deutschland erhalten bleibt.

Biberach, den 27. April 2012

Wolfgang Heinzl,
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Politische Infofahrt nach Berlin:

50 Bürger lernen aktuelle Politik und Geschichte kennen

BERLIN – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster hatte jetzt wieder die Gelegenheit, 50 politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus seinem Wahlkreis zu einer viertägigen Fahrt nach Berlin einzuladen. Unter den Teilnehmern waren auch die Gewinner einer Verlosung, die ich im Rahmen meiner Hausbesuche veranstalte.

Auf dem Programm standen unter anderem eine Führung durch die Gedenkstätte des Deutschen Widerstands, ein Informationsgespräch im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie eine Plenardebatte im deutschen Bundestag, bei der es auch die Kanzlerin live zu erleben gab.

Gerster stand der Gruppe außerdem für ein persönliches Gespräch zur Verfügung und begleitete seine Gäste nach einem Besuch auf der Reichstagskuppel in die Berliner Vertretung des Landes Baden-Württemberg. Bevor sie den Heimweg nach Biberach antrat, besuchte die Gruppe das Dokumentationszentrum „Topo-

graphie des Terrors“ in Berlin-Kreuzberg. Alles in allem ein abwechslungs- und lehrreiches Programm, das die Mitreisenden zu begeistern wusste, wie diese auf der Rückfahrt Gersters begleitendem Mitarbeiter unisono kundtaten.

Biberach, den 2. Mai 2012 **Wolfgang Heinzl,**
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Gerster kandidiert erneut

BERLIN/BIBERACH – Zur Frage der Kandidatenfindung für die Biberacher OB-Wahl und die kommende Bundestagswahl erklärt der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster:

In den vergangenen sieben Jahren war es mir eine große Ehre und eine wertvolle Verpflichtung, meine Heimat Biberach und die Region Oberschwaben im Deutschen Bundestag zu vertreten. Nach der kurzfristigen Rücktrittsankündigung von Thomas Fettback, der für Biberach fast zwei Jahrzehnte lang großartige Arbeit geleistet hat, habe ich mich sehr gefreut, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger wünschen, dass ich diesen Erfolgsweg fortführe und für das Amt des Oberbürgermeisters kandidiere. Nach einem schwierigen Prozess der Abwägung und zahlreichen konstruktiven Gesprächen habe ich nun entschieden: Ich werde mich erneut für den Deutschen Bundestag zur Wahl stellen.

Den Ausschlag für meine Entscheidung gab letztendlich die Überlegung, wie ich mich am besten für unsere Region einbringen kann. Einerseits hätte ich gerne einen Beitrag zum notwendigen Neustart in der Arbeit zwischen Verwaltungsspitze und Gemeinderat in Biberach geleistet. Andererseits konnte ich mich im Deutschen Bundestag in den vergangenen Jahren immer wieder mit Erfolg für wichtige Projekte und die Anliegen der Menschen in Biberach und Oberschwaben einsetzen, z.B. wenn es um notwendige Verkehrsprojekte, die Förderung von Bildung, Kultur und Ehrenamt oder die Betreuung individueller Bürgeranliegen ging, die mir sehr am Herzen liegen. Ich denke, dass es mir durch die zahlreichen Besuche von Gästen aus dem politischen Berlin mit gelungen ist, unserer Region auch bundesweit Anerkennung zu verschaffen. Diese Arbeit möchte ich gerne fortsetzen.

Für Biberach ist mein erklärtes Ziel, das überaus ansehnliche politische Vermächtnis von Thomas Fettback in gute Hände zu übergeben. Ich bin sicher, gemeinsam mit der SPD vor Ort

zeitnah eine Persönlichkeit präsentieren zu können, die diesem Anspruch gerecht wird.

Berlin, 09.05.2012

Alexander Geisler,
Büro Martin Gerster, MdB



Bilanz:

1 Jahr Rot-Grün in Baden-Württemberg

BIBERACH - Seit einem Jahr regiert Grün-Rot in Baden-Württemberg – seit einem Jahr hält ein neuer Politikstil Einzug im Stuttgarter Landtag. Die Jusos und die Grüne Jugend haben sich vorgenommen, die Arbeit der neuen Landesregierung konstruktiv und wenn es sein muss, auch kritisch zu begleiten. Viel Gutes wurde erreicht: Die Studiengebühren wurden bereits von der neuen Regierung abgeschafft, das Angebot Gemeinschaftsschule zu werden, haben im Kreis Biberach gleich zwei Schulen wahrgenommen: die Mühlbachschule in Schemmerhofen und die Josef-Christian-Schule in Riedlingen. Durch Pläne wie die Einführung von Alkoholverboten auf öffentlichen Plätzen oder der Vorratsdatenspeicherung geriet die neue Landesregierung aber auch in Kritik der Junggrünen und der Jusos. Auf die Frage, wie sich denn die neue Rolle als Jugendorganisationen der Regierungskoalition zu sein, auf die Arbeit im Kreis Biberach auswirke, antworteten VertreterInnen der Jusos und der Grünen Jugend: „Wir arbeiten jetzt noch enger zusammen, als je zuvor: Wir wollen eine ähnliche Politik, setzen uns für gemeinsame Ziele ein und haben gemeinsam Spaß“.

Biberach, 13. Mai 2012

Kreisvorsitzender:

Stefan Gretzinger über:

Lisa Stahn

Martin Gerster kritisiert:

Förderlücke für Kleinwindanlagen – Buchauer Unternehmen betroffen

Bad Buchau/Berlin (age) – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** hat die fehlende bundespolitische Unterstützung bei der Förderung von Kleinwindanlagen kritisiert, die er als wichtige Ergänzung bei der Nutzung erneuerbarer Energie ansieht. „Wir

haben in unserem Wahlkreis hervorragende Betriebe, die in diesem wegweisenden Technologiesegment Pionierarbeit leisten“, so **Gerster**.

Bei einem Besuch bei der Bad Buchauer Firma Kessler energy, hatte sich **Gerster** über die Vorzüge entsprechender Anlagen informiert, die praktisch ohne Bürokratieaufwand aufgestellt werden können und sich aufgrund ihrer geringen Höhe besser in ihr Umfeld einfügen als herkömmliche Windräder.

Um die Verbreitung dieser Idee zu unterstützen, hatte sich der 40-jährige Parlamentarier im April über seine Fraktionskollegin Ute Vogt an die Bundesregierung gewandt und um Auskunft gebeten, inwieweit Schwarz-Gelb die Förderung von Kleinwindanlagen auszubauen plant.

In seinen Antworten gibt sich das Bundesumweltministerium zurückhaltend und verweist auf die allgemeine Förderung von Windkraft durch die im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festgeschriebene Einspeisevergütung: „Die Bundesregierung beabsichtigt daher nicht, die Förderung von Kleinwindanlagen auszubauen.“

Mit dieser ernüchternden Antwort ist **Gerster** nicht zufrieden: „Schon im Falle der Photovoltaik hat Schwarz-Gelb gezeigt, dass diese Bundesregierung die Herausforderung der Energiewende nicht ernsthaft annehmen will“. Für ihn steht fest: „Um bei der Schaffung dezentraler Netze vorwärts zu kommen, braucht dieser Technologie mehr politischen Rückenwind.“

Berlin, 25.12.2012,

Alexander Geisler

SPD Kreis Konstanz
MdL Hans-Peter Storz

Fritz-Erler-Forum zur Migrationspolitik im Konstanzer Kulturforum

Der SPD-Ortsverein Meersburg kam mit einem Segelboot nach Konstanz, andere aus dem unteren Schussental halt mit dem schnöden Auto. Das Seminar selber war es jedenfalls wert, dass man die Reise auf sich genommen hat. Viele geben ihren Senf zum Buch von Sarrazin und

glauben, vor Ort sei es damit getan mit der Aufgabe, die Strukturen zu verbessern, die bislang eine nachdrückliche Integration von Menschen aus anderen Ländern und Kontinenten in unsere heimische Gesellschaft eher behinderten, in der Nachbarschaft, in den Vereinen, in der Schule, in den medizinischen Einrichtungen, am Arbeitsplatz und auch bei den politischen Parteien. Ja, der Ortsvorsitzende der CDU von Gaienhofen war auch ins Konstanzer Kulturforum gekommen, und er hat auch einen lebhaften Beifall erhalten für seine selbstkritischen Ausführungen zu unserer „Einwanderungspolitik“.

Anstatt zu bestreiten, dass Deutschland ein „Einwanderungsland“ sei, soll man lieber offensiv über Maßnahmen zu einer besseren Integration vor Ort nachdenken. Und die Religionsfrage? Sie wird oft nur vorgeschoben, um zu kaschieren, dass man eigentlich die Sozialpolitik oder gar die Geschlechterfrage angehen müsste, wenn wir behaupten, Menschen mit Migrationshintergrund integrierten sich zu wenig in unsere Gesellschaft. Das tun auch einheimische Hartz-IV-Familien oder Frauen in Altersarmut kaum: können sie sich denn aktiv in unsere Gesellschaft einbringen? Pfeifendeckel! Und das Kopftuch ist nicht von vorne herein ein bewusstes Merkmal der Distanzierung von unserer westlichen Kultur oder gar ein Instrument zur Unterwerfung der Frauen, selbst wenn es einige Islamisten noch so verstehen.

Die Berliner Rechtsanwältin **Seyran Ates** würde gerne das Panorama der Schweizer Alpen mit ihrem Lieblingsaufenthalt in Berlin, dem Teufelsberg, vertauschen, damit sie nicht 9 Stunden braucht, um von der Hauptstadt an den Bodensee zu kommen. Sie hält ihren Vortrag „ohne Kopftuch“. Sie ist eine engagierte Buchautorin und hat eine Streitschrift herausgegeben: „Der Islam braucht eine sexuelle Revolution“. Sie war schon oft Opfer von Morddrohungen und ist auch schon häufig körperlich angegriffen und einmal auch angeschossen worden. Sie erhielt von Bundespräsident Horst Köhler das Bundesverdienstkreuz und war Mitglied der Islamkonferenz beim Bundesinnenminister.

Frau Ates plädiert für ein eigenes Bundesministerium für Einwanderung und für eine europäische Islamkonferenz. Erst dann kann eine notwendige Debatte gut koordiniert werden, meint sie. Sie fordert eine offene Debatte über Frauenrechte und Gleichberechtigung in der

islamischen Kultur, was nicht ohne einen größeren Zugang zu Bildungseinrichtungen schon für Kleinkinder gelingen kann. Den Grünen wirft sie vor, in den vergangenen 20 Jahren zwar viel über Frauenrechte diskutiert, aber zu sehr das Kopftuch von Migrantinnen ignoriert, wenn nicht gar verteidigt zu haben. Sie lobt den Ansatz in der hessischen Migrationspolitik, bei der ganzen Familie anzusetzen, wenn bei Migranten akut eine Familienhilfe gefragt ist. Auch die Männer sollen angesprochen werden, wenn es um die Erziehung der Kinder geht. Die Zweisprachigkeit mit Türkisch und Deutsch muss ausgebaut werden, aber nicht um den Preis mehrsprachiger Analphabeten, die weder richtig deutsch noch richtig türkisch reden können. Das Ziel einer „transkulturellen Identität!“ – nur das ist eine gelungene Integration, so Seyran Ates.

Eine Kopftuchträgerin ist an der Veranstaltung beteiligt, die frühere Pressereferentin des Konstanzer Moscheevereins. Immerhin, die Internetseite des Vereins, präsentiert auch ein Programm mit vielen Aktivitäten für Frauen, wie Lesekreise in Deutsch oder in Türkisch, Kochkurse, ein Frühstückstreffen aus Anlass des Muttertages oder des Internationalen Frauentages. Die Türkisch-islamische Gemeinde lädt auch zu Besichtigungen der Moschee unweit des Rheins ein und zu anschließenden Gesprächen.

Leyla Aribas-Stahlschmidt räumt ein, dass der Anschlag auf das World-Trade-Center in New York 2001 und die Empörung in der westlichen Welt zu einer religiösen Gegenbewegung in der islamischen Welt geführt habe. Dennoch, so weiß sie, tragen in Deutschland 70 Prozent der Musliminnen kein Kopftuch. Sie wünscht sich eine bessere Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse in Deutschland.

Bei der anschließenden Runde auf dem Podium nehmen die Konstanzer SPD-Politikerin und ehemalige Landtagskandidatin **Zahide Sarikas**, **Zeljka Blank-Antakli**, Integrationsbeauftragte aus dem nahen Kreuzlingen, **Elke Cybulla**, ihre Kollegin für Integration und Migrationsarbeit im Konstanzer Rathaus (man kennt sich und schätzt sich bestens) aus ihrer jeweiligen Alltagspraxis zum Thema Stellung. Sie berichten von oft auch vergeblichen Bemühungen von Migrantinnen, in den Vereinen und politischen Parteien akzeptiert zu werden.

Auch an den Schulen werden Mütter von Kindern aus türkisch-stämmigen Familien oft allein gelassen. Der Sohn, der die Worte der Lehrerin übersetzen soll, hat wenig Lust und Neigung, der Mutter das zu erzählen und zu übersetzen. Wo bleibt hier die Wertschätzung und die Bedeutung einer interkulturellen Elternarbeit?

Im Kanton Thurgau besteht für alle Kinder ab 4 Jahren eine Pflicht zum Besuch der Kindertagesstätte, und ein Schwerpunkt ist die intensive Sprachförderung rechtzeitig bis zum Schulbeginn in der Primarschule.

Es gelte, gerade Migrantinnen in ihrer doppelten Belastung, einerseits die Kultur in der Erziehung der Kinder bewahren zu sollen, andererseits berufliche und sprachliche Kompetenzen zu erwerben im für sie vielleicht fremden Land bei gleichzeitiger Erfüllung der alltäglichen Aufgaben im Haushalt und in der Familie, mit machbaren Programmen vor Ort zu bestärken und zu fördern. Dazu muss auch die deutsche Gesellschaft offener werden für das Anliegen der Integration. **Frau Ates** rüffelte den türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, der den deutschen Behörden einen Zwang zur „Assimilation“ vorhält, auf der anderen Seite aber mit seiner Zwangspolitik in der Türkei verhindert, dass eine kurdische Enkeltochter sich mit ihrer Oma verständigen kann, die Türkisch lernen musste.

09.05.2012

W.Bernhard

Fracking am See lässt sich verhindern

Umweltschädliche Gasförderung im Bodenseegebiet mit der umstrittenen Fracking-Methode lässt unterbinden, meint der Landtagsabgeordnete Hans-Peter Storz. Regierung und Verwaltung hätten genügend Hebel in der Hand, zieht er als Fazit aus einer [Antwort des Umweltministeriums](#) auf einen SPD-Antrag.

Bundesregierung und Bundesrat arbeiten an gesetzlichen Regelungen, die die Möglichkeiten zur unkonventionellen Gasförderung mit Hilfe der umstrittenen Fracking-Methode stark einschränken werden, berichtet Umweltminister Franz Untersteller an den Landtag.

Das britische Unternehmen Parkyn Energy Germany Ltd. besaß bis zum 30. April 2012 eine Lizenz, um anhand einer Datenanalyse zu überprüfen, ob im Bodenseegebiet eine unkonventionelle Gasförderung möglich ist. Mittlerweile hat das Unternehmen einen Antrag auf

Verlängerung der Konzession um zwei Jahre gestellt. Zuständig ist das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) beim Regierungspräsidium Freiburg. Grundsätzlich habe das Unternehmen einen Rechtsanspruch auf diese Genehmigung, teilt das Umweltministerium mit.

Erlaubt seien nach wie vor nur Datensammlungen. Technische Untersuchungen dagegen oder gar Probebohrungen seien von der Konzession nicht erfasst und müssten im Rahmen eines bergrechtlichen Betriebsplans gesondert beantragt werden. Das LGRB könne die Genehmigung verweigern, wenn den Untersuchungen überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen. Gehe von den Untersuchungen sogar eine Gefährdung des Gemeinwohls aus, wozu nach Auffassung der Landesregierung eine Gefährdung des Trinkwassers gehören würde, müsse der Antrag sogar „zwingend“ abgelehnt werden, heißt es. In diesen Fällen binde die Bergbehörde Gemeinden und Trinkwasserproduzenten frühzeitig in das Genehmigungsverfahren ein.

Dennoch sei die gegenwärtige Rechtslage unbefriedigend, meint auch **Hans-Peter Storz**. Denn eine zwingende Umweltverträglichkeitsprüfung sei für Probebohrungen und ähnliche Untersuchungen noch nicht vorgesehen. Das Land Nordrhein-Westfalen will dies ändern und hat daher eine Bundesrats-Initiative gestartet. Auch in der Bundesregierung werde an einem Gesetzentwurf gearbeitet, der die Umweltverträglichkeitsprüfung verbindlich vorschreibe und eine Erdöl- und Gasgewinnung in Trinkwassergebieten sogar ganz verbieten wolle.

Das weitere Verfahren hänge von zwei Gutachten ab, die bis Mitte des Jahres vorliegen sollen. So habe Nordrhein-Westfalen eine Risikountersuchung in Auftrag gegeben. Im Auftrag des Bundesumweltministeriums erstelle das Umweltbundesamt nicht nur eine Risikobewertung, sondern soll auch Empfehlungen zu den rechtlichen Regelungen und den Verwaltungsstrukturen abgeben.

[Zur Landtagsdrucksache 15/1598](#)

24.05.2012

Büro Hans-Peter Storz, MdL

SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis

SOLIDARITÄT MIT DEN IVECO-BESCHÄFTIGTEN

Hilde Mattheis, MdB - Stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Baden-Württemberg Heidi Ankner - SPD-Kreisvorsitzende Alb-Donau-Kreis Martin Rivoir, MdL - SPD-Kreisvorsitzender Ulm Martin Ansbacher - SPD-Ortsvereinsvorsitzender Ulm-West-Söflingen erklären:

"Die Einstellung der traditionsreichen LKW-Produktion bei Magirus-Iveco am Standort Ulm ist ein herber Schlag für die Region und für die vom Abbau der 670 Arbeitsplätze betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wieder einmal geht der globale Wettbewerb zu Lasten der Beschäftigten, die ihren Job verlieren. Unsere Solidarität gilt den Beschäftigten, die bereits in der Vergangenheit viele Opfer erbringen mussten.

Der Mutterkonzern Fiat ist in der Verantwortung, den Stellenabbau möglichst sozialverträglich abzufedern. Wir fordern das Unternehmen auf, in Verhandlungen mit dem Betriebsrat eine faire Lösung für die Beschäftigten zu finden, damit möglichst niemand dauerhaft in die Arbeitslosigkeit fällt. Die Arbeitsagentur muss die betroffenen Menschen schnellstmöglich bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz aktiv unterstützen. Alle Auszubildenden müssen die Möglichkeit haben, ihre Ausbildung abschließen zu können."

Berlin, 09.05.2012 Christian Berg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Hilde Mattheis, MdB

Schleckerfilialenbesuch in Söflingen:

Schlecker-Mitarbeiter hoffen auf eine Perspektive für ihre Arbeit

Hilde Mattheis, MdB besuchte am Mittwoch den 16.05.2012 zusammen mit Martin Ansbacher, SPD-Ortsvereinsvorsitzender Ulmer Westen, Alfons Foster (Katholische Betriebsseelsorge) und Martin Schwarz (Evangelischer Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt) eine Schlecker Filiale in Ulm.



Hilde Mattheis, MdB, 2. v. r., Martin Ansbacher OV-Ulm, Martin Schwarz, KDA, Alfons Foster, Betriebsseelsorge, Mitarbeiterin Schlecker, Frau I.

Die Mitarbeiterinnen berichteten hierbei von den enormen Schwierigkeiten, die sie zu bewältigen hätten. Das fehlende Personal zur Abdeckung der Öffnungszeiten sowie bei Krankheit sei eine erhebliche Belastung, doch das Schlimmste sei die Ungewissheit, so eine Mitarbeiterin.

Auf Nachfrage von Mattheis zur persönlichen Situation der ehemaligen und aktuell weiter beschäftigten KollegInnen wurde von großer Ungewissheit, existenziellen Ängsten und Sorgen berichtet. Forster ergänzte, dass der Gang der MitarbeiterInnen auf zur Arbeitsagentur für die meisten ein einschneidendes Erlebnis darstelle. Außerdem müssten sie sich teils mit komplexen juristischen Thematiken auseinandersetzen, die die Insolvenz mit sich bringe.

Wichtig sei, dass die meisten Kunden aus Solidarität zu den MitarbeiterInnen der Filiale die Treue halten und diese unterstützen wollen. Dazu müsse aber die Warenlieferung noch besser werden. Nur teils fehlende Ware würde da nicht hilfreich sein, um den erforderlichen Umsatz zu schaffen. Aber die meisten Kunden würden Verständnis zeigen.

Die Schlecker MitarbeiterInnen gäben nicht auf. Sie machten ihre Arbeit und müssten dabei sehr flexibel wie kollegial sein. Die MitarbeiterInnen versuchten, die Defizite so gut es geht auszugleichen und untereinander Vertretungen zu organisieren. Nötig sei es jetzt aber auch, dass von den Führungskräften her verlässliche Informationen und ein respektvoller Umgang erfolge. Leider gebe es Anzeichen dafür, dass der „alte Stil“ weiter betrieben werde.

Die entlassenen MitarbeiterInnen haben bis Ende Mai die Gelegenheit, ihre Forderungen (nicht bezahlte Überstunden, verfallener Urlaub u. a. m.) beim Insolvenzverwalter anzumelden. Doch dazu muss erst einmal die vollständige Abrechnung für die ersten drei

Insolvenzmonate vorliegen. Es sei für alle schwer, vor allem auch für bereits entlassene MitarbeiterInnen, unter diesen Vorzeichen Zuversicht zu haben.

Mattheis versprach angesichts der prekären Lage der weiterhin Beschäftigten wie der Gekündigten, der Arbeitsagentur eine Anfrage zu senden, wie die Vermittlung der ehemaligen MitarbeiterInnen ausfalle, und wie die Arbeitsverhältnisse gekennzeichnet seien, in die hinein vermittelt werde. Es gebe Hinweise, dass einige auch in nicht zumutbare Verhältnisse vermittelt worden seien.

Ulm, 16.05.2012

Büro Hilde Mattheis, MdB

Verbleib der ehemaligen Schlecker-Beschäftigten muss geklärt werden!

Die Bundesagentur für Arbeit kann nicht berichten, in welche Arbeitsverhältnisse die ehemaligen Schlecker-Beschäftigten vermittelt werden. Das ergab eine Anfrage der Ulmer Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis. „Der Verbleib der ehemaligen Schlecker-Beschäftigten muss von der Bundesagentur für Arbeit ermittelt werden“, fordert die Abgeordnete Mattheis. „Wir müssen wissen, was aus den Leuten wird.“

Es häufen sich die Berichte, wonach ehemalige Schlecker-Beschäftigte häufig in prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie befristete Beschäftigung, Teilzeitstellen oder gar nur in eine geringfügige Beschäftigung vermittelt werden. Hilde Mattheis fragte deshalb direkt bei der Bundesagentur für Arbeit nach und erhielt jetzt eine nicht zufriedenstellende Antwort. Die angeforderten Daten würden sich aufgrund der individuellen Einzeldatensätze nicht kumuliert ermitteln lassen. Damit möchte sich Hilde Mattheis nicht abfinden.

Hilde Mattheis wird nun die Bundesregierung anschreiben und auffordern, dafür zu sorgen, dass diese Daten zukünftig ermittelt werden. „Wir müssen verhindern, dass die ehemaligen Schlecker-Beschäftigten alleine gelassen werden. Wenn nicht klar ist, in welche Form von Beschäftigung die Schlecker-MitarbeiterInnen vermittelt werden, lässt sich am Ende auch nicht die Arbeit der Bundesagentur bewerten. Die Schlecker-Beschäftigten sind qualifiziert und berufserfahren, ihnen muss mehr als nur eine prekäre Beschäftigung angeboten werden.“

Berlin, den 24.05.2012

Büro Hilde Mattheis, MdB

Die Roten fahren

(mit dem Fahrrad oder wandern)

ins Grüne!

Am Samstag, 16. Juni 2012, um 15.00 Uhr

nach **Scheidegg, Hagspiel**

mit Dr. Paul Wengert, MdL

und der Gebietsbetreuerin für Allgäuer Moore

Isolde Miller

vom Bund Naturschutz in Bayern

Renaturierung des Hagspieler Moores

**Über eine große Beteiligung würden wir uns freuen!
SPD- Kreisverband Lindau**



V. i. S. d. P. Leo Wiedemann

Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion Freitag, 25. Mai 2012

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt":

- Wir müssen die Zeit nach Merkel vorbereiten

Die Themen:

- SPD-Troika präsentiert gemeinsames Papier zu Wachstum in Europa
- SPD-Fraktion stellt zwölf Thesen zum Urheberrecht vor
- Klingbeil und Lischka erläutern SPD-Positionen zum Urheberrecht
- SPD legt Maßnahmenkatalog gegen Fachkräftemangel vor
- Durch Entscheidungslösung mehr Organspender gewinnen
- Austausch des Umweltministers bringt keine Energiewende
- SPD: Keine Hermesbürgschaft für den Bau des AKW Angra 3 in Brasilien
- SPD-Fraktion führt keine Debatte über Eurobonds
- Öffentliche Private Partnerschaften (OePP) weiterentwickeln
- Transatlantische Partnerschaft stärken
- Myanmar auf dem Weg zur Demokratie unterstützen
- Martin Gerster: Pyrotechnik muss im Stadion verboten bleiben
- Initiativen gegen Rechts in der Gastwirtschaft stärken
- SPD fordert ein schlüssiges Gesamtkonzept für ländlichen Tourismus

Pressestatement Frank-Walter Steinmeier:

- Vor Gesprächen zum Fiskalpakt im Kanzleramt

Video/Foto:

- Video: Steinmeier fordert Maßnahmen für Wachstum in Europa
- Video: SPD-Fraktion präsentiert zwölf Thesen zum Urheberrecht
- Fotos: Werkstattgespräch "Mehr Verkehr auf die Schiene - Eine neue Netzstrategie für die Eisenbahn"

Veröffentlichungen

- Gute Arbeit Nr. 3/2012

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt"

Wir müssen die Zeit nach Merkel vorbereiten

Erst das Lospoltern von Horst Seehofer gegen Röttgen, gegen Merkel, gegen die Koalition im TV. Dann der Röttgen-Rauswurf. Souveränität einer Kanzlerin sieht anders aus. Es wird einsam um Merkel. Der Zerfall ihrer Regierung schreitet voran. Unsere Fraktion wird gebraucht. Deutschland darf vor den Risiken, von der Energiewende bis zur sozialen Spaltung der Gesellschaft, nicht die Augen verschließen. Wir haben große Aufgaben zu stemmen. Deshalb laden wir zu einem Zukunftskongress nach Berlin ein.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,61494,00.html

Die Themen

AKTUELL

SPD-Troika präsentiert gemeinsames Papier zu Wachstum in Europa - Botschaft: Wer sparen will, braucht Wachstum!

Frank-Walter Steinmeier fordert vor der Hauptstadtpresse konstruktive Vorschläge der Bundesregierung, wie in Europa mehr Wachstum entstehen und die Beschäftigung gesteigert werden kann. Die Forderungen der SPD liegen nun auf dem Tisch. Steinmeier: "Wir haben immer unsere Verantwortung gezeigt." Lesen Sie hier die Positionen aus dem gemeinsamen Papier.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,61417,00.html

KULTUR/MEDIEN

SPD-Fraktion stellt zwölf Thesen zum Urheberrecht vor - Künstler und Kreative stärken

Der Streit um das Urheberrecht hat sich zu einem der zentralen Konflikte der digitalen Gesellschaft entwickelt. Unterschiedliche Interessen von Urhebern, Verwertern, Nutzern und Konsumenten stehen sich häufig scheinbar unversöhnlich gegenüber. Keine Partei oder politische Gruppierung hat bisher eine Antwort auf diesen Konflikt entwickelt, die über Schlagworte und vermeintlich einfache Lösungen hinaus geht. Die SPD-Bundestagsfraktion gibt nun Antworten in Form von zwölf Thesen.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,61450,00.html

Klingbeil und Lischka erläutern SPD-Positionen zum Urheberrecht - Kreativpakt statt Kulturkampf

Der Streit um das Urheberrecht im Internet spitzt sich zu. Die Sprache wird unversöhnlicher, und der Streit wird militanter. Er verkennt, dass Urheber, Nutzer und Verwerter sich gegenseitig brauchen. Ein fairer Ausgleich kann nur im Dialog geschehen. Lars Klingbeil, netzpolitischer Sprecher, und Burkhard Lischka, rechtspolitischer Sprecher, erläutern in einem Videostatement die Positionen der SPD-Bundestagsfraktion.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,61537,00.html

ARBEIT

Die ökonomische und soziale Frage des nächsten Jahrzehnts - SPD legt Maßnahmenkatalog gegen Fachkräftemangel vor

Den wachsenden Bedarf an Fachkräften zu sichern, wird zur zentralen ökonomischen und sozialen Frage des nächsten Jahrzehnts. Die schwarz-gelbe Bundesregierung unterschätzt die Bedeutung dieses Themas. Dabei liegen die Antworten auf der Hand: Investitionen in Bildungschancen, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Weiterbildung und mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58764,00.html

GESUNDHEIT

Durch Entscheidungslösung mehr Organspender gewinnen - Steinmeier: Keiner wird zur Organspende gezwungen

Der Bundestag hat mit großer Mehrheit die Änderung des Transplantationsgesetzes beschlossen. Ziel ist es, die Menschen durch Informationen und persönliche Ansprechen der Krankenkassen zu motivieren, sich für oder gegen die Organspende zu entscheiden. Frank-Walter Steinmeier betonte, dass es wichtig war, die Bestellung von Transplantationsbeauftragten in den Krankenhäusern festzuschreiben. Außerdem seien entscheidende Verbesserungen für Lebendspender erreicht worden.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,61171,00.html

WIRTSCHAFT

Austausch des Umweltministers bringt keine Energiewende - Kanzlerin und Minister müssen endlich ein Konzept vorlegen

Vor dem frisch vereidigten Umweltminister Altmaier (CDU) liegen große Aufgaben, die sein Vorgänger im Dauerclinch mit Wirtschaftsminister Rösler (FDP) nicht lösen konnte. Ein Jahr liegt die Energiewende nach dem schwarz-gelben Wiedereinstieg in den Atomausstieg nun brach. Nun gilt es, den Ausbau der Stromleitungen, der erneuerbaren Energien sowie den Aufbau von Speichern und hocheffizienten konventionellen Kraftwerken zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit zu schaffen.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59939,00.html

SPD: Keine Hermesbürgschaft für den Bau des AKW Angra 3 in Brasilien - Erneuerbare Energien und Energieeffizienz fördern

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, die grundsätzliche Zusage einer Hermesbürgschaft von 1,3 Milliarden Euro für den Bau des brasilianischen Atomkraftwerks Angra 3 zurückzuziehen. Es sei unverantwortlich Atomtechnologien in einem unsicheren Gebiet mit ähnlichen Risiken wie in Fukushima zu fördern. Zudem konterkariere die Bürgschaft den Atomausstieg. Die Bundesregierung solle zu den von Rot-Grün 2001 eingeführten Hermes-Umweltleitlinien zurückkehren.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,61570,00.html

FINANZEN

SPD-Fraktion führt keine Debatte über Eurobonds - Klarstellung im Deutschen Bundestag

Die SPD-Bundestagsfraktion wurde mehrfach von der schwarz-gelben Koalition bezichtigt, Eurobonds direkt einführen zu wollen, um damit Schulden zu vergemeinschaften. Das ist in jeder Hinsicht falsch. Lesen Sie hier die Stellungnahmen der SPD-Fachpolitiker.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,61545,00.html

VERKEHR/BAU

Öffentliche Private Partnerschaften (OePP) weiterentwickeln - Mehr Transparenz und Fokus auf die Wirtschaftlichkeit stärken

Die Erfahrungen mit OePP-Projekten in Deutschland sind unterschiedlich. Der Kritik stehen positive Erfahrungen vor allem in Kommunen gegenüber. Die SPD-Fraktion sieht aber im Gegensatz zur Regierung Reformbedarf, vor allem hinsichtlich der Entscheidungsgrundlagen, der Transparenz, der Rahmenbedingungen und der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen. Denn OePP-Projekte sind komplex und an langfristige Verträge gebunden und erfordern viel Kompetenz bei den politischen Entscheidungsträgern.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,61172,00.html

AUSSENPOLITIK

Transatlantische Partnerschaft stärken - USA richten sich strategisch neu aus

Die transatlantische Zusammenarbeit war und ist sowohl für Europa als auch für Nordamerika von existenzieller Bedeutung. Umso wichtiger ist es, die politischen und fairen wirtschaftliche Beziehungen zwischen den atlantischen Partnern in besonderer Weise zu pflegen. Hier die Vorschläge der SPD-Fraktion.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,61565,00.html

Myanmar auf dem Weg zur Demokratie unterstützen - Antrag der SPD-Fraktion

Die Regierung Myanmars hat 2011 einen Reformprozess eingeleitet. Das lässt zwar auf ein Ende der Militärdiktatur hoffen, doch ohne Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft wird es schwer für die Zivilgesellschaft, sich frei zu entfalten. Die Sozialdemokraten fordern die Bundesregierung auf, den Kapazitätsaufbau in dem südostasiatischen Land zu fördern und ethnische Minderheiten zu stärken. Auch die Verfassung muss weiterentwickelt werden.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,61561,00.html

SPORT

Martin Gerster: Pyrotechnik muss im Stadion verboten bleiben - Der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Interview

In den vergangenen Monaten ist die Gewalt im Fußball weiter eskaliert. In den Blickpunkt gerieten besonders Fanausschreitungen wie nach dem Abstiegsspiel vom FC Köln oder nach der Partie Karlsruhe und Kaiserslautern. Die Platzstürmung von Düsseldorf-Fans nach dem Relegationsspiel gegen Hertha BSC ist eines der treibenden Streitthemen in der Öffentlichkeit. Im Interview nimmt Martin Gerster zu den Geschehnissen rund um den Fußball Stellung.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,61551,00.html

TOURISMUS

Initiativen gegen Rechts in der Gastwirtschaft stärken - Wer keine Neonazis zu Gast haben will, braucht Unterstützung

Nicht selten werden Gastwirte überrascht, dass rechtsextreme Gäste ihre Lokalitäten anmieten und für ihre Zwecke missbrauchen. Immer mehr der Gastwirte in ganz Deutschland wehren sich zunehmend gegen Rechts-extremisten in ihren Räumlichkeiten, sind aber auch oftmals überfordert. Im Kampf gegen Rechts brauchen sie daher mehr Unterstützung. So fordert es die SPD in einem Antrag.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,61569,00.html

SPD fordert ein schlüssiges Gesamtkonzept für ländlichen Tourismus - Tourismus auf dem Land stärken

Tourismus findet nicht nur am Meer oder in Großstädten statt. Immer mehr Menschen suchen die naturnahe Erholung: Bauernhof- oder Landurlaube sind gerade für Menschen aus Ballungsräumen und Großstädten eine attraktive Alternative. Für Familien mit Kindern oder preisbewusste Touristen ist der Urlaub auf dem Lande eine bevorzugte Urlaubsform geworden. Gründe genug, den Tourismus im ländlichen Raum zu stärken. So fordert es jetzt die SPD.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,61568,00.html

Pressestatement Frank-Walter Steinmeier

Vor Gesprächen zum Fiskalpakt im Kanzleramt - Steinmeier fordert Maßnahmen für Wachstum in Europa

Am Donnerstag trifft sich Kanzlerin Merkel erstmals mit den Fraktions- und Parteivorsitzenden, um über den Fiskalpakt zu sprechen. Die schwarz-gelbe Koalition ist beim Fiskalpakt auf die Zustimmung der SPD im Bundestag angewiesen. Die Sozialdemokraten sagen: Der Fiskalpakt muss um einen Wachstumspakt ergänzt werden, um die Krise zu überwinden. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier erläuterte am Dienstag vor der Presse, welche konkreten Maßnahmen die SPD fordert.

Mehr:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,61504,00.html

Video/Foto

Steinmeier fordert Maßnahmen für Wachstum in Europa

Video ansehen ...:

<http://www.youtube.com/watch?v=0is7NqCOKE8&list=UUUVSxH8r5fj3Uki5uAcyQaw&index=1&feature=plcp>

SPD-Fraktion präsentiert zwölf Thesen zum Urheberrecht

Video ansehen ...:

<http://www.youtube.com/watch?v=5-057y1TGQ&list=UUUVSxH8r5fj3Uki5uAcyQaw&index=2&feature=plcp>

Werkstattgespräch "Mehr Verkehr auf die Schiene - Eine neue Netzstrategie für die Eisenbahn"

Fotos ansehen ...:

<http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157629828995874/>

Veröffentlichungen

Gute Arbeit Nr. 3/2012

Die Arbeitnehmerzeitung der SPD-Bundestagsfraktion

Gute Arbeit ansehen

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,16149,00.pdf

Diese und weitere Veröffentlichungen können Sie bei uns kostenlos bestellen:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html

Mit freundlichen Grüßen

webteam@spdfraktion.de

www.spdfraktion.de

- Informationen über die SPD-Bundestagsabgeordneten:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,1910,00.html

- Der Fraktionsvorsitzende Dr. Frank-Walter Steinmeier:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3942,00.html

- Veröffentlichungen der SPD-Bundestagsfraktion:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Bundestagsfraktion Öffentlichkeitsarbeit
Telefon (0 30) 227-5 49 07
E-Mail: webteam@spdfraktion.de

Platz der Republik 1 11011 Berlin
Telefax (0 30) 227-5 68 00
Internet: <http://www.spdfraktion.de>

Die SPD-Bundestagsfraktion bei facebook:
<http://www.facebook.com/spdbundestagsfraktion>

Die SPD-Bundestagsfraktion bei twitter:
<http://twitter.com/spdbt>

Die SPD-Bundestagsfraktion bei Google+:
<http://plus.google.com/103178420867180228321>

Impressum

Herausgeber:

SPD Bodenseekreis, Kreisvorsitzender Adnan Sabah

E-Mail: ASabah1@web.de

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: rotersee@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Evelyne Gebhardt, MdEP:

Europa Aktuell:

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Büro Peter Simon, MdEP:

peter.simon@europarl.europa.eu

Adnan Sabah:

ASabah1@web.de

Pressestelle LRA FN (Landrat Wölfle):

info@bodenseekreis.de

Dieter Stauber:

dieter.stauber@online.de

Dietram Hoffmann:

dietram.hoffmann@googlemail.com

Kurt Beck, Ministerpräsident

Rlpf:

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz Postfach 3880 55028 Mainz

Claudia Friedl, Parteipräsidentin:

claudia.friedl@bluewin.ch

Dario Sulzer, Politischer Sekretär:

sulzer@sp-sg.ch

SPÖ-Express:

laendle@spoe.at

www.spoe.at

Alexander Geisler, M.A.:

Alex.Geisler@gmx.de

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

Bürgerbüro Biberach:

Wolf99maci@aol.com

pressemaci@aol.com

Lisa Stahn:

lisastahn@aol.de

Büro H.-P. Storz, MdL:

info@hans-peter-storz.de

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

Leo Wiedemann:

leo.wiedemann@t-online.de

Maildienst SPD-Fraktion:

webteam@spdfraktion.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.
Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König)

rotersee@kabelbw.de